

Es wird also wahrscheinlich, wenn der Krieg im Herbst 1917 enden sollte, einem Bedarf von 55 Millionen Tonnen nur einen Schiffsbestand von 46 Millionen Tonnen gegenüberstellen. Tatsächlich wird aber das Verhältnis ein weit größeres sein. Hat auch die Bevölkerung der kriegsführenden Länder infolge der enormen Menschenverluste kaum zugenommen, so werden doch wenigstens in den ersten Jahren nach dem Kriege die Anforderungen an die Frachtschiffahrt viel stärker sein, als der normalen Steigerung des Schiffsraumes entsprechen würde, denn überall, auch in den meisten neutralen Ländern, sind die Vorräte an Nahrungsmitteln, Rohstoffen, Fabrikaten auf ein Minimum gesunken und müssen nach dem Kriege notwendig ergänzt werden.

Zudem wird aber der nach dem Kriege vorhandene Schiffsbestand nicht die gleiche Leistungsfähigkeit haben wie vor dem Kriege. Erstens stimmen die Angaben von Lloyd's Register nicht ganz, denn es werden nur jene Schiffe gezählt, deren Verlust einwandfrei festgestellt ist; ein ansehnlicher Teil der zerstörten Tonnage bleibt daher noch nicht in den Listen. Zweitens sind manche der Schiffe, die jetzt in England vom Stapel gelassen werden, noch nicht betriebsfähig; die innere Maschineneinrichtung ist oft noch lange nicht fertig und muß erst noch ergänzt werden. Doch kommen im ganzen diese Fehler der Registrierung weniger in Betracht als die Tatsache, daß heute in der Welt Handelsflotte viele alte, wenig leistungsfähige Schiffe vorhanden sind, die unter normalen Verhältnissen längst ausrangiert und demoliert oder umgebaut wären. Bei den heutigen hohen Frachtraten rentieren sich auch die ältesten Schiffe. Ferner aber haben England, Frankreich, Italien, Rußland und Belgien an 12 Millionen Tonnen Schiffsraum für Kriegszwecke requiriert und ein Teil dieser Schiffe ist durch den Krieg so hart mitgenommen, daß er nach dem Kriege völlig renoviert werden muß, wenn er wieder in den Frachtdienst eingestellt werden soll.

Stellt man alle diese Tatsachen mit in Rechnung, dann ergibt sich, daß nach dem Kriege der verfügbare Schiffsraum ganz beträchtlich hinter dem Bedarf zurückbleiben wird, zumal unter den 46 oder 48 Millionen Tonnen, die wahrscheinlich vorhanden sein werden, nur zwei Drittel des Raums für den großen ozeanischen Frachverkehr in Betracht kommen, denn ein Drittel entfällt auf Passagierdampfer, Küsten- und Binnenseeschiffe usw.

Es ist demnach durchaus nötig, daß die deutsche Handelsflotte in möglichst weitestem Maße sofort nach Friedensschluß den Frachtdienst aufnehmen vermag. Von diesem Gesichtspunkt aus läßt sich denn auch wenig dagegen einwenden, wenn die Reichsregierung plant, den Schiffsbau, und zwar vornehmlich den Bau von Frachtschiffen dadurch zu fördern, daß sie den Reedereien, die neue Schiffe bauen lassen, halb zinsfreie Darlehen gewährt. So wenig man sonst für Schiffsubventionen eingenommen sein mag, handelt es sich doch in diesem Fall nicht um ein besonderes Interesse der Reedereien oder enger Kreise von Schiffsinhabern, sondern um ein allgemeines Interesse, um die Durchführung von Maßnahmen, die der möglichst besten Ueberleitung der jetzigen Kriegswirtschaft in die Friedenswirtschaft dienen.

Wie veranlaßt, wird die Regierung fordern, daß dem Reichsanzler ein Fonds von 300 Millionen Mark zur Verfügung gestellt wird, aus dem dieser den Reedern, die den Bau neuer Schiffe in Auftrag geben oder ausländische Schiffe erwerben wollen, Darlehen bewilligen kann, die bis zu zwei Drittel des Bau- oder Ankaufpreises der Schiffe betragen dürfen; jedoch soll, falls die Reederei bereits für kriegsverlorene Schiffe eine Ersatzleistung erhalten hat, deren Betrag vom Darlehen abgezogen werden. Zur Hälfte können diese Darlehen zinsfrei gewährt werden, zur anderen Hälfte müssen sie dem Reich mit 6 Proz. verzinst werden unter der Bedingung, daß die verzinslichen Beiträge rateweise innerhalb 10 Jahren, die zinsfreien innerhalb 20 Jahren zurückgezahlt werden. Derartige Darlehen dürfen jedoch im allgemeinen nur für den Bau von Schiffen, die ganz oder vorwiegend der Güterbeförderung dienen, gewährt werden, und ferner müssen die geliehenen Summen hypothekarisch oder auf andere Weise sicher gestellt werden. Auch sollen alle Schiffe, für die Reichsdarlehen in Anspruch genommen werden, sofort in Auftrag gegeben werden, und spätestens fünf Jahre nach Friedensschluß fahrbereit sein.

In den Reedereikreisen werden diese Bestimmungen vielfach bestritten. Man hält sie für nicht weitgehend genug. Besonders findet man den Zinssatz von 6 Proz. bei einer Rückzahlung innerhalb eines Zeitraumes von zehn Jahren zu hoch, und wendet sich gegen die Verpflichtung, als bald mit dem Bau der Schiffe beginnen zu müssen, da zurzeit die Baukosten sehr hohe seien, fast dreimal so hoch wie vor dem Kriege. Die neuen Schiffe würden also sehr teuer werden und sich, wenn in den Jahren nach dem Kriege die Frachttarife wieder fallen, kaum noch rentieren. Das mag zum Teil richtig sein. Die Baukosten, die vor dem Kriege pro Tonne Frachtraum 150—200 M. betrugen, stellen sich heute schon auf 400 bis 500 M. Andererseits aber wird der Hauptzweck der Reichsdarlehen gar nicht erreicht, wenn diese Bestimmungen fiktiv sind; denn es gilt nicht, die deutsche Handelsflotte nach dem Kriege allmählich wieder auf ihren alten Stand zu bringen, sondern vielmehr die durch den Krieg hervorgerufenen Ausfälle an Schiffsraum so bald wie irgend möglich auszugleichen und zu ergänzen, damit die deutsche Kauffahrteiflotte ihre Aufgabe bei der Rückkehr zur Friedenswirtschaft voll zu erfüllen vermag.

Die deutschen Vorschüsse an die Türkei.

Konstantinopel, 4. März. Zu Beginn der Budgetberatung in der Kammer erklärte der Finanzminister zur finanziellen Lage der Türkei die Vorschüsse, die Deutschland gewährt habe und bis August noch gewähren werde, betragen 142 Millionen türkische Lira. Die Regierung habe durch den mit Deutschland abgeschlossenen Vertrag für die Zeit nach dem Kriege dem türkischen Papiergeld den gleichen Kurs gesichert, den das deutsche Papiergeld haben werde. Deutschland habe sich verpflichtet, der Türkei in jedem Jahre drei Millionen türkische Lira zu übersenden. Das Papier solle dann in entsprechendem Umfange aus dem Verkehr gezogen werden, selbst wenn eine Anzahl Lira durch Handelsoperationen begeben wäre. Nach dem Kriege würden die Waren der Verbündeten bei der Einfuhr in die Türkei begünstigt werden. Der Minister betonte das Entgegenkommen Deutschlands bei der Rückzahlung der Zinsen der Vorschüsse, bis das Papier gänzlich aus dem Verkehr gezogen sei, nämlich für 11 Jahre. Dies Entgegenkommen werde der Türkei besonders nach dem Kriege sehr nützlich sein und zu ihrem Fortschritt beitragen.

Englischer Angriff bei Pierre-St. Vaast — Sturmerfolg östlich der Maas am Caucieres-Wald — Luftkämpfe.

Amtlich. Großes Hauptquartier, den 5. März 1917. (W. T. S.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Bei klarer Sicht war an vielen Stellen der Front die Gefechts-tätigkeit gegen die Vortage gesteigert.

Nördlich der Somme griffen die Engländer nach hartem Feuer südlich des St. Pierre-Vaast-Waldes an. Nach hartem Kampf blieb ein Grabenkügel am Wege von Chavesnes—Noisains in ihrer Hand; im übrigen wurden sie zurückgeworfen.

Auf dem Ostufer der Maas nahmen unsere Truppen die französische Stellung am Caucieres-Wald in etwa 1500 Meter Breite im Sturm und wiesen nördliche Gegenhänge ab. Auch an der Südspitze des Hoes-Waldes wurde den Franzosen ein wichtiger Geländepunkt entzogen.

Neben den blutigen Verlusten, die durch unsere über die gewonnenen Linien vorgehenden Erkunder festgestellt wurden, büßte der Feind 6 Offiziere, 572 Mann an Gefangenen, 16 Maschinen- und 25 Schnellabgewehre an Beute ein.

In sehr zahlreichen Luftkämpfen verloren die Gegner gestern 18 Flugzeuge, 1 durch Abschuß von der Erde; unser Verlust beträgt 4 Flugzeuge.

Auf dem

Ostlichen Kriegsschauplatz

und an der

Mazedonischen Front

blieb die Kampf-tätigkeit gering.

Der Erste Generalquartiermeister-Ludendorff.

Abendbericht.

Amtlich. Berlin, 5. März, Abends.

Im Westen bei Schneefall, im Osten bei strenger Kälte keine besonderen Ereignisse.

Der österreichische Bericht.

Wien, 5. März 1917. (W. T. S.) Amtlich wird verlautbart:

Westlicher und südöstlicher Kriegsschauplatz.

Nichts zu melden.

Italienischer Kriegsschauplatz.

An der läsenländischen Front war das Artillerie- und Minenwerferfeuer nach Aufhellung des Wetters wieder lebhafter. Abends beschossen die Italiener Costanzica besonders heftig. Nächste Woche bei Tolmei stießen Patrouillen des Infanterie-Regiments Nr. 37 bis in einen rückwärtigen Laufgraben des Feindes vor, überwältigten die Besatzung und brachten ohne eigenen Verlust zehn Gefangene zurück. An der Tiroler Ostfront griffen die Italiener nördlich des San Pellegrino-Tales gegen Cima di Costabella an. Nach wechselvollem Kampfe gelang es ihnen, eine Fortstellung in Besitz zu nehmen. Der Kampf ist noch nicht abgeschlossen.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes von Hofer, Feldmarschallleutnant.

Die ordentlichen Ausgaben seien gegenwärtig auf 48 Millionen türkische Pfund festgesetzt. Sie würden aber im Laufe des Jahres auf Grund von Ergänzungskrediten auf 55 Millionen vermehrt werden. Die in allen kriegsführenden Staaten würden neue Steuern eingeführt werden. — Die Erklärungen des Finanzministers wurden mit lebhaftem Beifall aufgenommen.

Der Krieg auf den Meeren.

Englischer Zerstörer in der Nordsee gesunken.

London, 4. März. Die Admiralität teilt mit, daß am 1. März ein britischer Zerstörer mit der gesamten Besatzung in der Nordsee gesunken ist. Wahrscheinlich sei das Schiff auf eine Mine gelaufen.

Versenkt.

Rotterdam, 5. März. Die englischen Dampfer Huntman (7400 Br.-Reg.-T.), Clan Farquhar (8858 Br.-Reg.-T.), Jolo (4000 Br.-Reg.-T.), Longhurst (3053 Br.-Reg.-T.), der französische Dampfer Clorn (603 Br.-Reg.-T.), die Carl Lamontine (725 Br.-Reg.-T.), das Schiffs La Bahonne (2580 Br.-Reg.-T.), der Schoner Marie Joseph (402 Br.-Reg.-T.), ebenso elf französische Fischlatter und zwei Fischdampfer wurden versenkt.

Der englische Dampfer Clearfield (4220 Br.-Reg.-T.), sowie der Schoner Susan E. Jucyen sind als überfällig gemeldet.

Bern, 4. März. Das Marineministerium in Paris veröffentlicht eine Note, in der es heißt, die Gefahrung habe gezeigt, daß die Veröffentlichung der Namen der versenkten Schiffe große Unannehmlichkeiten zur Folge habe. Das Marineministerium habe beschlossen, die Veröffentlichung einzustellen und jede Woche die Aufstellung des Ergebnisses des Unterseebootkrieges während der Vormache bekanntzugeben. Die Aufstellung werde die Zahl der versenkten Schiffe der verschiedenen Kategorien anführen.

Rotterdam, 5. März. Der „Nieuwe Rotterdamse Courant“ erzählt aus Batavia, daß nach einem Bericht aus Madan der englische Dampfer „Perseus“ (6723 Br.-Reg.-T.), der sich auf dem Wege nach Deli befand, in der Nähe von Colombo gesunken ist.

Ohne Verpflichtung zu Zwangsfahrten?

Haag, 5. März. Der Niederländische Ueberseetrust teilt mit, daß seine Verhandlungen mit der britischen Regierung zu dem Resultat geführt haben, daß der Dampfer Wilis des Rotterdamischen Lloyd, der mit Ladung und Passagieren auf der Ausreise nach Niederländisch-Indien begriffen ist und seit etwa 8 Wochen in Bergen liegt, jetzt seine Reise über Halifax und den Panama-Kanal fortsetzen darf, ohne einen Hafen in England anzulanden.

Spanien verbietet Schiffsmittelungen.

Rotterdam, 5. März. Der „Nieuwe Rotterdamse Courant“ meldet aus London: „Daily Telegraph“ berichtet

aus Madrid, daß der spanische Ministerrat am Sonnabend beschlossen hat, der Presse die Aufnahme von Berichten über die Ankunft, die Abreise und die Bestimmung von Handelsschiffen zu verbieten.

Brasilien klagt über die englischen Einfuhrmaßnahmen.

Bern, 4. März. Die „Temps“ aus Rio de Janeiro meldet, erklärte der Präsident des Staates Rio de Janeiro, Picanha, in einem Rundschreiben an Londoner Bankiers, daß die englischen Einfuhrbeschränkungen für Kaffee, Kakao usw. für das Wirtschaftsleben Brasiliens angesichts der infolge der Blockade der Alliierten gegen die Mittelmächte bereits bestehenden großen Schwierigkeiten noch eine weitere Schädigung bedeuten. Durch die Beeinträchtigung der brasilianischen Ausfuhr könne die ganze Finanzlage des Landes in Frage gestellt werden. Der Präsident hofft deshalb, die englische Regierung werde Entgegenkommen zeigen.

Achtzehn feindliche Flugzeuge abgeschossen

Berlin, 5. März. Das klare Wetter am Sonntag führte auf der ganzen Westfront zu lebhafter Fliegertätigkeit. Die englischen Flieger waren besonders reger in Flandern und im Artois. Unsere Flieger waren mit großem Erfolge vor Arras und neben der Somme tätig. In zahlreichen erbitterten Luftkämpfen zwangen sie hier nicht weniger als zwölf feindliche Flugzeuge zur Erde nieder. Weitere sechs Flugzeuge verlor der Gegner an den anderen Fronten, eins davon durch das Feuer unserer Abwehrgepötte. Bisfeldwibel Mandshott schoß nördlich Verdun seinen achten Gegner, einen Caudron-Doppeldecker, ab, und am Nachmittag desselben Tages einen feindlichen Zessellballon, der südlich des Bellevilla-Rückens brennend abstürzte. Im Osten wurde der Bahnhof von Molodetz, mit über fünfhundert Kilogramm Bomben belegt. Einschläge im Ziel wurden einwandfrei beobachtet. — An der mazedonischen Front griff ein deutsches Geschwader feindliche Munitionslager nördlich Saloniki an; mehrere Brände und eine Explosion wurden festgestellt. Einer unserer Flughäfen wurde von zwölf feindlichen Flugzeugen ohne jeden Erfolg mit Bomben angegriffen.

Die englische Front im Westen.

Amsterdam, 5. März. „Algemeen Handelsblad“ meldet aus London: Es ist in der englischen Presse bemerkt worden, daß im britischen Heeresbericht vom Sonnabend von britischen Truppen bei Roye gesprochen wurde. Man sieht dies als Beweis dafür an, daß die britische Front neuerdings ausgedehnt worden ist.

Englischer Bericht vom 4. März. Heute morgen griffen wir die Front des Feindes und die Unterstützungsgräben östlich von Souhavesnes auf einer Front von 1200 Yards an und nahmen sie. Wir brachten 178 Gefangene und drei Maschinengewehre ein. Feindliche Gegenangriffe wurden unter schweren Verlusten abgeschlagen. Der Feind löst weiter Gelände östlich von Sommecourt ein, wo wir auf einer Front von zwei Meilen und in einer Tiefe von durchschnittlich 1200 Yards vorrückten. In den letzten 24 Stunden machten wir 190 Gefangene und erbeuteten fünf Maschinengewehre und zwei Grabenmörser.

Fliegerangriff auf Saloniki.

Amsterdam, 5. März. „Times“ meldet aus Saloniki, daß am Dienstagmorgens fünfzehn deutsche Albatros-Flugzeuge auf die Lager der Alliierten in der Umgebung von Saloniki Bomben abwarfen. Es sei nur geringer Schaden angerichtet worden.

Der bulgarische Kriegsbericht.

Sofia, 4. März. Generalkriegsbericht. Mazedonische Front. Am südlichen Fuß der Belasiza rücken nach heftiger Artillerievorbereitung ungefähr zwei feindliche Kompagnien mit einem Maschinengewehr in der Richtung auf die Station Boraj vor, wurden aber von unseren vorgeschobenen Posten blutig zurückgeschlagen. An der übrigen Front vereinzelt Artilleriefeuer. Im Bardarsale und an der Mäse von Drfano schwache Artillerietätigkeit.

Rumänische Front. Nichts Wesentliches zu melden. Starke Räte und Schneestürme.

Tigrisfront.

Türkischer Heeresbericht vom 4. März. Tigrisfront: Nördlich des Tigris befehligte sich der Feind mit Befestigungsarbeiten vor unserer neuen Stellung. Auf den anderen Fronten ist die Lage unverändert.

Keine Wiederaufnahme der internationalen Beziehungen.

Tagung des französischen sozialistischen Nationalrats.

Paris, 5. März. (Savayemeldung.) Der Nationalrat der Sozialistenpartei nahm mit 1553 gegen 1377 Stimmen bei 34 Stimmenthaltungen eine Tagesordnung an, welche die Tagesordnung der Konferenz der alliierten Länder ohne Veränderung annimmt. Ein Antrag der Minderheit schlug vor, eine Veränderung dahin vorzunehmen, daß die Wiederaufnahme der internationalen Beziehungen empfohlen wird. Von der russischen sozialdemokratischen Partei wurde ein Schriftstück zugunsten sofortiger Wiederaufnahme der Beziehungen verlesen. Der Vorschlag wurde namentlich von Brade bekämpft, der erklärte, wenn eine solche Abänderung vorgenommen würde, würden sich die englischen Sozialisten weigern, an der Konferenz teilzunehmen. In einer Nachsitzung nahm der Nationalrat einen Vorschlag des Professors an der Genfer Universität, Milhaud, an, den ausführenden Ausschuss des Internationalen Sozialistenbureaus zu beauftragen, alle Abteilungen bei den kriegsführenden und den Neutralen aufzufordern, Berichte über ihre Tätigkeit vor dem Kriege und während des Krieges sowie hinsichtlich der Politik Wilsons einzuwickeln. Nach sehr langer wichtiger Beratung nahm der Nationalrat ferner folgenden Antrag Constant an:

Die französische Abteilung hat seit Kriegsbeginn der nationalen Verteidigung ihre volle Mitwirkung gewährt. Sie erklärt, daß sie sich bemühen wird, die Politik des Landes wirksam in einer Richtung zu lenken.

Die jeden Gedanken an Eroberungen und Annexionen ausschließt.

den Frieden und die Achtung von den Rechten der Nationen durch eine internationale Einrichtung wiederhergestellt und die Aufrechterhaltung eines dauernden Friedens tatsächlich sichert. Der Kongress ist mit dem von der belgischen Arbeiterpartei angenommenen und veröffentlichten Antrag einverstanden und erklärt dazu: Die Konferenz, an der Abgeordnete der Partei teilnehmen werden, bedeutet keine Veränderung der Haltung in der Frage der Wiederaufnahme der internationalen Beziehungen.

Die Mehrheit überreichte eine lange Entschließung, welche die Auffassung der Konferenz von Zimmerwald und Nienthal zurückweist. Die Entschließung wurde von Rednern der Zimmerwälder Richtung lebhaft bekämpft. Der Antrag der Mehrheit wurde schließlich angenommen und die Sitzung darauf geschlossen.

Bern, 5. März. Die Spener Blätter melden, kam es kurz vor Schluss der Sitzung des Nationalrats der sozialistischen Partei zu heftigen Kämpfen. Die Ordnung in der Debatte wurde mehr und mehr auf; dies bewirkte eine große Anzahl junger Leute, die sich Einlass in den Sitzungssaal erzwingen konnten, die Sitzung zu unterbrechen; Fenster Scheiben wurden eingeschlagen. Der Tumult war derart, daß die Delegierten den Saal verlassen mußten.

So hat denn, wenn wir den vorstehenden knappen Meldungen trauen dürfen, die Tagung des französischen Nationalrats wiederum ein zweipoliges, im ganzen unerfreuliches Ergebnis gezeitigt. Die französische Minderheit, deren Grundsätze etwa denen der deutschen Parteimehrheit entsprechen (sie bewilligt die Kredite, kämpft gegen Annexionen und tritt für die Wiederaufnahme der internationalen Beziehungen ein), ist auch diesmal in der wichtigsten Frage Minderheit geblieben, wenn auch der Vorsprung der Renaudel-Semtschischen Mehrheit auf ein Minimum zusammengeschrumpft ist. Es scheint sogar, daß die Führer der Mehrheit, um dieses Resultat zu erzielen, eine Art Kabinettsfrage haben stellen müssen, daß sie sich schließlich hinter die englische Arbeiterpartei versteckt und deren Haltung als unübersteigbares Hindernis hingestellt haben. Sehr mutig ist das nicht.

Die deutsche Partei, die von Beginn des Krieges an die Hand zur internationalen Verständigung ausgestreckt hält, kann es nur bedauern, daß in der französischen Partei der ablehnende Standpunkt wiederum gesiegt hat. Unsere Schuld ist es nicht, unere Vereinfachung zur Anknüpfung der internationalen Bande bleibt auch hiernach unverrückbar bestehen.

Wie ein Sieg der französischen Minderheit erscheint vielleicht der klar ausgesprochene Verzicht auf Annexionen und Eroberungen, der in dieser Schärfe während des Krieges von der französischen Partei noch nicht formuliert worden ist. Aber gerade hier bedarf es der größten Vorsicht und des Abwärtens genauer Meldungen. Denn die französische Mehrheit hat schon oftmals ihr Gewissen gerettet, indem sie erklärte, der Erwerb Elsas-Lothringens solle nicht unter dem Begriff der Annexion, das sei die Wiederherstellung des verletzten Rechtes. Also erst abwarten, was gemeint ist!

Hauptauschuß des Reichstages.

Am Montag wies vor Eintritt in die Tagesordnung Abg. Dr. David (Soz.) darauf hin, daß der Bericht des B. L. G. über die letzte vertrauliche Verhandlung des Ausschusses nicht dem Verlauf der Verhandlung gerecht werde. Die Beschlüsse wurden von allen Parteien als berechtigt anerkannt. Es wurde bestimmt, daß in Zukunft der Bericht unter Mitwirkung zweier Schriftführer des Ausschusses hergestellt werde. Der Antrag Ledebour (Soz. Arb.), eine Berichtigung sofort erfolgen zu lassen, wurde von den anderen Parteien abgelehnt, da die Angelegenheit noch einmal besprochen und dann ein genauer Bericht veröffentlicht werden soll. Hierauf wurde in die Beratung der Mittelungen eingetreten, welche der Staatssekretär Zimmermann in der vorigen Sitzung über den mexikanischen Zwischenfall abgegeben hat. An der Aussprache beteiligten sich die Abgeordneten Dr. David (Soz.), Prinz Schönau-Carolath (nfr.), Ledebour (Soz. Arb.), Gröber (Zentr.), Gedder (Op.), Graf Westary (kons.), Braun (Dtsch. Fraktion), Cohen-Kauf (Soz.) und Gotheim (Op.) — Staatssekretär Dr. Zimmermann gab wiederholt auf Anfragen in dieser Sache eingehende Auskunft. — Dann wurde in der Beratung des Haushaltsplanes für das Auswärtige Amt fortgefahren. Die Berichterstatter richteten eine Reihe Anfragen an den Staatssekretär, die sich auf unsere Beziehungen zu den einzelnen Staaten und auf einige andere, mit dem Kriege im Zusammenhang stehende Fälle bezogen. Dazu sprachen die Abgg. Roste (Soz.), Erzberger (Z.), Dr. Stresemann (natl.), v. Gräfe (L.), Gotheim (Op.), v. Camp (D. Fr.), Scheidemann (Soz.). Der Berichterstatter v. Schönau lenkte die Aufmerksamkeit darauf, daß im Auswärtigen Amt tatsächlich zwei Unterstaatssekretäre beschäftigt werden, im Etat aber nur die Stelle eines Unterstaatssekretärs sich befindet. — Staatssekretär Dr. Zimmermann erklärt, die Hilfe eines zweiten Unterstaatssekretärs sei unerlässlich und durchaus notwendig. Während des Krieges sei die Arbeit derartig angewachsen, daß sie unmöglich von ihm und einem Unterstaatssekretär bewältigt werden könne. Die Stelle eines zweiten Unterstaatssekretärs sei jedoch auf Veranlassung des Reichskanzlers diesmal nicht in den Etat eingestellt worden; maßgebend allein seien Sparmaßnahmsgründe gewesen.

Abg. Dr. Stresemann beantragt, daß die Stelle des zweiten Unterstaatssekretärs in den Haushaltsplan eingestellt werde. Bei der Wichtigkeit dieses Postens könnten die Kosten unmöglich entscheidend sein; vielmehr liege es im Interesse des Reiches, daß für die Arbeiten, die im Auswärtigen Amt gemacht werden müssen, die nötigen Kräfte vorhanden sind. Dies wurde beschlossen. Damit war der Haushaltsplan für das Auswärtige Amt erledigt. — Eingegangen war eine große Zahl Dispositionen. Von diesen wurden die meisten dem Reichskanzler zur Kenntnisnahme überwiesen. Dienstag: Etat des Ministeriums des Innern.

Über die vertraulichen Verhandlungen des Hauptauschusses gibt B. L. G. folgenden Bericht aus:

Ein sozialdemokratischer Abgeordneter ging auf die Instruktion an den deutschen Botschafter in Mexiko ein und machte Einwendungen gegen diesen Schritt geltend.

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes gab eine längere Darstellung der mit der Instruktion verknüpften Absichten. Daß wir uns für den Fall des Ausbruchs des Krieges mit Amerika nach Bundesgesetzen umsehen könnten, sei eine natürliche und berechnete Vorkehrung. Er bedauerte es auch nicht, daß durch die amerikanische Veröffentlichung die Instruktion auch in Japan bekannt geworden sei. Für die Beförderung der Instruktion sei der sicherste Weg gewählt worden, der zurzeit zur Verfügung gelanden habe. Wie die Amerikaner in dem Besitz des Textes gekommen seien, der mit einer ganz geheimen Schifffahrt nach Washington gegangen ist, darüber fehlt uns noch alle Kenntnis. Daß die Instruktion in amerikanische Hände gefallen ist, sei ein Akt der Schicksal, das nichts daran ändere, daß der Schritt im vaterländischen Interesse notwendig war. Am wenigsten habe man gerade in Amerika das Recht, sich über unseren Akt aufzuregen. Jedem wäre die Aussicht, daß der Schritt im Auslande besonders tiefen Eindruck gemacht hätte. Er wird als das angesehen, was er ist: als eine berechnete Abwehrmaßnahme für den Kriegsfall.

Von einem nationalliberalen Redner wurde betont, daß man in Amerika keinen Grund zu besonderer Entrüstung habe. Gerade der Präsident Wilson habe sich ja bemüht, alle Neutralen gegen und aufzubringen. Das komme auch in der neutralen Presse Europas deutlich zum Ausdruck. Wenn also gegen die Instruktion nichts einzuwenden sei, so bleibe das einzig Bedauerliche an der Sache, daß das Schriftstück durch Vertanensbruch in Amerika bekannt geworden sei. Ob nicht ein sicherer Weg zur Vermittlung der Instruktion hätte gefunden werden können, bleibe dahingestellt. Es könne dem Staatssekretär um so weniger ein Vorwurf gemacht werden, als man es stets bezeugt habe, daß sich das Auswärtige Amt nicht genügend um Bündnisse für Deutschland bemüht habe. Nun hätten diese Bemühungen eingeseht und fänden, allerdings nur vereinzelt, Widerspruch, dem er entgegenzutreten müße. Jede Schwächung eines möglichen Gegners sei für Deutschland vorteilhaft. Dieses Ziel habe der Staatssekretär im Auge gehabt. Der Redner wies darauf hin, daß Friedrich der Große und Napoleon I. in ähnlicher Lage gleich gehandelt hätten; Friedrich der Große, indem er jedes Mittel ergriff, dem Feinde neue Gegner entgegen zu lassen, Napoleon I. empfing nach der Nebrunnschlacht von Eulau 1807 im Schloß zu Finkenstein zu Ostpreußen sogar eine persönliche Deputation, da er Persien, ebenso wie die Türkei, gegen Rußland aufzuwiegen suchte und die Gefahr keine Mühe scheute. Im Kriege müsse jedes mögliche Mittel benutzt werden, den Gegner zu schwächen. Daher hätte der Staatssekretär vollkommen richtig gehandelt.

Ein Redner der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft wandte sich gegen die ganze Aktion. Am trat ein Mitglied des Zentrums nachdrücklich entgegen. Dem Staatssekretär könne ein Vorwurf nicht gemacht werden, weil er sich nach Bündnissen umgesehen habe. Der Umstand, daß das Schriftstück in falsche Hände gelangt sei, erfordere Nachprüfung, ob ein Schaden im System vorliege.

Ein Redner der Fortschrittspartei brachte Bedenken darüber vor, wie der Vorgang durch die Presse der deutschen Öffentlichkeit zur Kenntnis gebracht worden sei. Es sei unter gutes Recht, Anknüpfungen gegen mögliche Feinde zu suchen, wo dies gehe. Das könnten wir vor aller Welt verteidigen. Die Art, wie die Instruktion befohlen worden sei, gebe bis zu ihrem Eintreffen in Washington zu Beanstandungen keinen Anlaß. Man müsse mit seinem Urteil über das weitere abwarten, bis man höhere Kenntnis von den Vorgängen habe. Unserem Vorkämpfer eine Schuld beizumessen, davon möge man Abstand nehmen und warten, bis Graf Bernstorff auf deutschem Boden angelangt sei.

Ein konservativer Abgeordneter faßte sich dahin zusammen, daß dem Staatssekretär kein Vorwurf zu machen sei und daß vielmehr gebilligt werden müsse, daß er tatkräftig vorgegangen sei. Daß die Instruktion in Amerika bekannt geworden sei, sei natürlich zu beklagen. Ob es möglich war, einen besseren Weg zu wählen, stehe allerdings dahin.

In demselben Sinne äußerte sich ein Redner der Deutschen Fraktion, während sich ein weiterer sozialdemokratischer Redner der Kritik des ersten Redners seiner Fraktion anschloß. Auch ein fortschrittlicher Abgeordneter sprach noch Bedenken aus.

Auf eine Reihe der zur Sprache gebrachten Punkte antwortete der Staatssekretär in eingehender vertraulicher Weise. Der Gegenstand wurde sodann verlassen.

Oesterreich und Amerika.

Eine Denkschrift zum U-Boot-Krieg.

Wien, 5. März. Der Minister des Auswärtigen hat dem Botschafter der Vereinigten Staaten von Amerika eine Denkschrift übergeben, in der zunächst ausführlich der schriftlichen Auserkennung der Regeln des Völkerrechts für den Seekrieg durch England ausführlich gedacht wird.

Dabei wird darauf hingewiesen, daß gerade der Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika in Worten, die in der Geschichte des Völkerrechts feststehen werden, dargelegt hat, daß die von England unter dem Namen „Widake“ verhängte Sperre über die Küsten der Nordsee in größtem Widerspruch zu den hergebrachten und durch internationale Verträge festgelegten Normen des Völkerrechts stehe. Auch Italien schloß sich dem Beispiel Englands an und erklärte die Küsten seines Gegners für blockiert. Erst nach mehr als zwei Jahren sind die Mittelmächte dazu übergegangen,

Gleiches mit Gleichem

zu verfahren, um eine gebieterische Pflicht gegen ihre Völker zu erfüllen und der Freiheit der Meere schließlich zum Sieg zu verhelfen. Die Erklärungen, die sie am 31. Januar dieses Jahres erlassen haben, richteten sich nur scheinbar wider die Rechte der Neutralen; in Wahrheit dienen sie ja der Wiederherstellung dieser Rechte. Die Tauchboote, welche Englands Küste umkreisen, fänden, daß der Tag nicht mehr fern ist, da die Flaggen aller Staaten im Glanz der neu errungenen Freiheit friedlich über den Meeren wehen werden.

Die österreichisch-ungarische Regierung weist weiter darauf hin, daß sie sich in dem Notenwechsel über die Fälle der Ancona und der Persia vorbehalten hatte, die schwierigen völkerrechtlichen Fragen, die mit dem U-Boot-Krieg zusammenhängen, zu einem späteren Zeitpunkt zur Erörterung zu bringen. Bei der jetzigen Erörterung dieser Fragen wird sie von dem Wunsch geleitet, die amerikanischen Regierung darzutun, daß sie an der von ihr früher erteilten Zustimmung festhält, und durch Stärkung jener wichtigsten, aus dem U-Boot-Krieg sich ergebenden Fragen Mißverständnissen zwischen der Monarchie und der amerikanischen Union vorzubeugen.

Den Kern der ganzen Materie bildet die Sorge für die Sicherheit der Personen

an Bord vor der Vernichtung feindlicher Handelschiffe. Dem Grundsatze, daß bei Ausübung des Rechts der Vernichtung feindlicher Handelschiffe der Verlust an Menschenleben möglichst vermieden werden soll, kann der Kriegführende nur durch vorübergehende Warnung gerecht werden, sei es durch Warnung des zu vernichtenden Fahrzeuges selbst, durch Warnung vor der Aufsicht des Schiffes oder schließlich durch eine allgemeine, für alle in Betracht kommenden feindlichen Schiffe bestimmte Warnung. Eine warnungslose Vernichtung ist indessen zulässig, wenn das Schiff nicht oder Widerstand leistet oder wenn es im Dienste der Kriegsführung steht oder auch Waffen führt, um Feindseligkeiten irgendwelcher Art zu betreiben. Im ganzen Verlaufe des Krieges haben die österreichisch-ungarischen Kriegsschiffe nicht ein einziges feindliches Handelschiff ohne vorherige, wenn auch generelle Warnung vor der Vernichtung gefährdeter Schiffe abzuhalten, als ihre Rettung auf See dem blinden Unglück anheimzustellen. Die L. und I. Regierung hat sich nicht dazu überzeugen können, daß Angehörige neutraler Staaten ein Recht darauf besitzen, auf feindlichen Schiffen unbedeutend zu verbleiben. Der Grundsatze, daß die Neutralen auch in Kriegszeiten die Vorteile der Meeresfreiheit genießen, gilt nur für neutrale Schiffe, nicht für neutrale Personen an Bord feindlicher Schiffe. Denn die Kriegsführenden sind berechtigt, den feindlichen Schiffsvorkehr zu unterbinden, und dürfen, wenn sie im Besitz der erforderlichen Kriegsmittel sind, feindlichen

Handelschiffen das Befahren der See bei sonstiger sofortiger Vernichtung untersagen.

Die Neutralen haben nur darauf Anspruch, daß ihnen der Kriegführende das an den Feind gerichtete Verbot rechtzeitig bekannt gibt, damit sie es vermeiden können, ihre Personen und ihr Eigentum feindlicher Schiffe anzuvertrauen. Eine Verletzung der Neutralität dieser Ausföhrungen würde darauf hinauslaufen, daß Neutrale sich in die militärischen Operationen der Kriegsföhrnden einmengen und sich sogar zum Richter darüber aufwerfen könnten, welche Kriegsmittel gegen den Feind in Anwendung gebracht werden dürfen. Niemand ist auch nur der leiseste Zweifel darüber noch geworden, daß neutrale Staatsangehörige allen Schäden selbst zu tragen haben, den sie dadurch erleiden, daß sie zu Lande ein Gebiet betreten, wo kriegerische Operationen stattfinden. Es liegt kein Grund vor, für den Seekrieg eine andere Norm gelten zu lassen, zumal die zweite Friedenskonferenz den Wunsch geäußert hat, die Mächte mögen zurzeit, da der Seekrieg eine vertragmäßige Regelung gefunden haben werde, das für den Landkrieg geltende Recht, soweit als möglich, auch im Seekriege anwenden. Die L. und I. Regierung darf feststellen, daß sie mit der Bundesregierung im Wesen eines Staates ist. Sie würde es begrüßen, wenn sich das Washingtoner Kabinett geneigt fände, sie in ihrem von wärmer Menschheitsfreundlichkeit getragenen Bestreben, amerikanische Bürger von Geföhrdung auf See zu bewahren, durch

Belagerungen und Warnung feiner Schiffe

zu unterstützen. Die Bewaffnung von Handelsfahrzeugen, auch nur zur Verteidigung gegen die Ausübung des Völkerrechts, ist im modernen Völkerecht nicht begründet. Ein Kriegsschiff ist verpflichtet, einem feindlichen Handelsfahrzeug in friedlicher Form zu begegnen, es anzuhalten, mit dem Kapitän in Beröhr zu treten, die Bordpapiere zu prüfen, ein Protokoll und gegebenenfalls ein Inventarverzeichnis aufzunehmen.

Dies steht als selbstverständlich voraus, daß das Kriegsschiff volle Bewußtheit darüber besitzt, daß ihm das Handelschiff seinerseits friedlich begegne. Kein Staat kann die Pflichten der Menschlichkeit gegen die berufenen Verteidiger des Vaterlandes niedriger einschätzen als die Pflichten gegen die Angehörigen fremder Mächte.

Oesterreich-Ungarn hat auch in dieser Frage an seiner Ansjage festgehalten: Die Neutralen sind rechtzeitig davor gewarnt worden, ihre Person und Habe einem bewaffneten Schiff anzuvertrauen, die angeforderte Maßnahme wurde nicht sofort ins Werk gesetzt, sondern Aufschub erteilt, und endlich sind die L. und I. Kriegsschiffe angewiesen, selbst bei bewaffneten feindlichen Handelschiffen nach Möglichkeit auf Warnung und Rettung der Personen zu Bedacht zu sein.

Die Angabe, die bewaffneten britischen Dampfer Seconda und Wells Prince seien von österreichisch-ungarischen Tauchbooten ohne Warnung versenkt worden, beruht auf einem Irrtum. Die L. und I. Kriegsschiffe waren hier überhaupt nicht beteiligt. Uebrigens darf bemerkt werden, daß die österreichisch-ungarischen Tauchboote nur in der Adria und im Mittelmeere operieren, und daß daher eine Beeinträchtigung amerikanischer Interessen durch L. und I. Kriegsschiffe kaum zu besorgen ist. Die Absperrung der in der Erklärung bezeichneten Gebiete soll die Feinde einem Frieden gezwungen machen, der die Gewähr der Dauer in sich trägt. Das mit der Absperrung der Meeresmächte anstrebte Ziel würde am schnellsten und sichersten erreicht werden, wenn in jenen Meeresstellen kein einziges Menschenleben verloren ginge und keines in Gefahr geriete. Die früher von der L. und I. Regierung gegebene Zusicherung ist

weder aufgehoben noch eingeschränkt worden. Die L. und I. Regierung legt größten Wert darauf, durch Wort und Tat zu bekräftigen, daß ihre in gleicher Weise die Grundsätze der Menschlichkeit voranleuchten wie das Gebot der Achtung vor den Interessen der neutralen Völler.

Letzte Nachrichten.

Die Ergebnisse der Antontenkonferenz.

Petersburg, 4. März. Ueber das Ergebnis der Petersburger Konferenz der Alliierten veröffentlicht die Petersburger Telegraphen-Agentur einen langen Profaßschluß, der das immer engere Einbernehmen der Alliierten preist. Von sachlichem Interesse sind höchstens die Sätze: Sie (die Konferenz) hat daran gearbeitet, die Einheit der Handlung bei der Führung des Krieges wirksam zu verbessern und zu festigen, indem sie zu diesem Zweck die Schaffung eines eigenen Organs vorschlug. Sie hat geeignete Maßregeln ergriffen, um die Bemühungen der Alliierten besser zu verteilten und miteinander zu verbinden. Sie hat nach Wilsch gefordert, um so vollständig wie möglich alle Kräfte der Alliierten durch immer engere Vereinigung ihrer Hilfsquellen aller Art auszunutzen.

Ein interniertes deutsches U-Boot von Holland gekauft.

Amsterdam, 5. März. (T. U.) Das internierte deutsche U-Boot ist von der holländischen Regierung aufgekauft worden und ist heute morgen mit einer holländischen Mannschaft und der niederländischen Fahne abgefahren. Obwohl das Boot 30 Meter lang ist, machte es im Kanal nur einen geringen Eindruck, da der größte Teil unter Wasser fuhr.

Die Wirkungen der U-Boot-Sperre.

Amsterdam, 5. März. In der letzten Woche kam aus englischen und schottischen Häfen nur ein einziger englischer Dampfer mit Steinkohlen in Amsterdam an. Der Dampfer hatte 470 650 Pfd. Steinkohlen an Bord.

Deutsch-österreichisch-ungarische wirtschaftliche Tagung.

Wien, 5. März. Die Wirtschaftsverbände Deutschlands, Oesterreichs und Ungarns veranstalten am 18. und 19. März eine gemeinsame Tagung in Berlin, auf welcher die Wirtschaftspolitik der Zentralmächte nach dem Kriege besprochen werden soll. Anschließend an diese Tagung wird am 22. März in Breslau ein Wasserstofftag mit dem Thema: „Der Donau-Ober-Ranal“ stattfinden.

Der Skandalprozess Manasewitsch-Manuilow.

Rotterdam, 5. März. Daily Telegraph meldet aus Petersburg vom 2. März: Der Prozess gegen Manasewitsch-Manuilow, dem Sekretär des zurückgetretenen Ministerpräsidenten Stürmer, dauert bereits eine Woche. Manuilow ist angeklagt, von der Unionbank in Moskau Geld erpreßt zu haben. Der Prozess brachte bemerkenswerte Enthüllungen über die Bestechlichkeit und den Stellenlauf zulage. Manuilow hat seine Verbindungen mit dem Minister und der geheimen Polizei und seine Stellung als Kommissar der „Kowoje Wremja“ dazu gemißbraucht, um von einer großen Anzahl von Personen und Institutionen enorme Summen Geldes zu erpressen. Das Ende des Prozesses wird in einigen Tagen erwartet.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend. Sünden gegen die Landarbeiter.

In Nr. 8 der Mitteilungen der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft bespricht der großherzoglich mecklenburgische Amtsdirektor Dr. Gadow die Landarbeiterfrage nach dem Kriege und bemerkt dabei:

In der Verwaltung, welcher ich angehöre die Ehre habe, wird aufs sorgfältigste darauf Bedacht genommen, daß die Arbeiterwohnungen allen berechtigten Ansprüchen der Wohnlichkeit und Hygiene genügen. Und das wird in anderen Bundesstaaten ebenso sein. Anders liegt es aber leider nicht selten auf den Rittergütern. Es ist den Arbeitern wirklich oft nicht zu verdenken, wenn sie die vernachlässigten, mit Stein- und Ziegeln, schlechten Ofen und Kochmaschinen versehenen, feuchten und zugigen Wohnungen, die ihnen leider immer noch hier und da angeboten werden, mit den sauberen Kleinwohnungen vertauschen.

In einer anderen Stelle seines Artikels sagt er: In Friedenszeiten hat der beruhigende Gedanke, sich mit ausländischen Arbeitern im Notfall immer ausbessern zu können, viele Sünden gegen den einheimischen Arbeiterstand zur Folge gehabt. Dieser Vorwurf trifft natürlich nicht überall zu, aber doch häufig an vielen Stellen.

Gegen die Sünden wider den einheimischen Arbeiterstand gibt es nur ein Mittel: Organisation, deren freie Ausübung auch den Landarbeitern nach dem Kriege nicht mehr verweigert werden kann!

Deutsches Reich.

Die Lohnbewegung der Weißgerber, Färber und Handschuhmacher.

In der am Sonntag abgehaltenen Mitgliederversammlung der Lederarbeiter wurde mitgeteilt, daß die mit der Kündigung des Tarifs der Weißgerber und Lederfärber den Fabrikanten eingereichten Forderungen Gegenstand einer Verhandlung zwischen Vertretern beider Parteien gewesen sind. Es kam zu längerem Auseinanderreden, aber eine Verständigung konnte noch nicht erzielt werden. Die Fabrikanten erklärten, die Forderung eines Stundenlohnes von 1,25 M. sei viel zu hoch, wobei könnten sie unmöglich bewilligen. Dagegen verweigerten die Vertreter des Lederarbeiterverbandes auf die günstige Geschäftslage, die die Bewilligung der Arbeiterforderungen sehr wohl zulasse und auf die Teuerungszulagen, die eine angemessene Lohnverbesserung zur unabweisbaren Notwendigkeit machen. Einen völlig ablehnenden Standpunkt nahmen die Fabrikanten nicht ein. Sie scheinen nicht abgeneigt, eine Lohnverbesserung, die geringer ist als die Forderung der Arbeiter, zu bewilligen. Schließlich verständigten sich die beiderseitigen Vertreter dahin, daß demnächst erneute Verhandlungen unter Leitung des Gewerbegerichts vordringen sollen. — In der Versammlung wurde noch festgestellt, daß die Zahl der im Beruf Beschäftigten infolge des Krieges sehr stark zurückgegangen ist, daß aber die zurzeit noch im Beruf tätigen Kollegen nahezu vollständig zur Verarmung gekommen waren, ein Beweis, daß die Gesamtheit der Kollegen hinter den Forderungen steht und entschlossen ist, eine den Verhältnissen entsprechende Lohnverbesserung durchzusetzen.

Ueber die Lohnbewegung der Handschuhmacher wurde berichtet: Nachdem die sächsischen Kollegen durch das Ergebnis einer am 11. Januar in Stuttgart geführten Verhandlung die geforderte Erhöhung des Tariflohnes um 5 Pf. für das Paar erreicht hatten, stellten die Berliner Handschuhmacher dieselbe Forderung. Auch hier kam es zu Verhandlungen, die damit endeten, daß die Fabrikanten erklärten, sich den Stuttgarter Vereinbarungen anzuschließen. Dadurch können die Berliner Handschuhmacher eine Lohnverbesserung von 12-13 M. bei besseren Arbeiten bis 15 M. wesentlich erzielen.

Die Teuerungszulagen für das Personal der Kranken- und Pflegeanstalten.

In einer außerordentlich stark besuchten Versammlung des genannten Personals referierte der Vorsitzende des Gemeindearbeiterverbandes, Fritz Müntzer, über die Zurücksetzung, die das Personal bei den Teuerungszulagen erfahren habe. Die bisherige Gestaltung der Teuerungszulagen in den Kranken- und Pflegeanstalten sei geradezu empörend. So erfreulich auch das Entgegenkommen der beiden in Frage kommenden Deputationen ist, in denen die uns nachstehenden Städte, Wehl, Koblenz und Jabel ihr Möglichstes taten, um so bestrebender muß es wirken, daß der Magistrat sich die Beschlüsse der betreffenden Deputationen nicht, oder doch noch nicht zu eigen gemacht hat. Die Teuerungszulage des Pflegepersonals ist in 20 Monaten um ganze 3 M. pro Monat gestiegen. Auch ist es nicht ungewöhnlich, nur einzelnen kleinen Gruppen, die man als „unerschützt“ betrachtet, einigermaßen ausreichende Zulagen zu gewähren, um diesen den Mund zu stopfen; so wenig es berechtigt ist, das in Kost und Logis stehende Personal so minimal zu berücksichtigen wie es geschehen ist. Die sehr lebhaft geführte Diskussion zeigte, daß der Referent die tatsächlichen Verhältnisse doch bei weitem zu günstig geschildert hatte. Wir hätten gewünscht, daß Vertreter des Magistrats und der Stadtverordneten Gelegenheit gehabt hätten, von den Klagen über Kost und Entlohnung Kenntnis zu nehmen. Wir zweifeln keinen Augenblick daran, daß dann doch für Besserung gesorgt würde.

In einer angenehmen Entschleunigung protestierte die Versammlung gegen die am 1. Dezember erfolgte Neuregelung der Teuerungszulagen, die eine Zurücksetzung der in den Kranken- und Pflegeanstalten Beschäftigten gegenüber anderen städtischen Arbeitern bedeute. Die Anrechnung der Naturalverpflegung auf die Teuerungszulage der Angestellten wurde für durchaus ungerechtfertigt erklärt, da bisher der Verpflegungssatz von 1,10 M. pro Kopf und Tag nicht erhöht worden ist. Die andauernde Preissteigerung der Rohrohrgemittel sei durch Schmälerung und Verschlechterung der Kost vollkommen ausgeglichen. Die Versammelten erklärten sich außerstande, bei ihren jetzigen Bezügen und der in den Anstalten gewährten Kost auf die Dauer ihren schweren und verantwortungsvollen Dienst zu verrichten.

Dem Magistrat wird erwartet, daß er den bereits im Januar dieses Jahres der Deputation der sächsischen Krankenanstalten sowohl wie der Deputation der Irrenanstalten unterbreiteten Anträgen um Gewährung der allgemeinen Teuerungszulage auch an die in Naturalverpflegung lebenden Angestellten und einer besonderen Zulage an die Arbeiter und Handwerker unverzüglich seine Zustimmung gibt. Die Devisenverwaltung wurde beauftragt, diese Entschleunigung dem Magistrat zu unterbreiten und alle Schritte zu unternehmen, die geeignet erscheinen, die Erledigung der Anträge zu beschleunigen.

Aus der Partei.

Propheetisches Dunkel.

Kautsky erklärt unsere beiläufige Bemerkung: Auch er habe uns in einer Polemik angeschlossen, daß die Kriegsziele der Entente gemäß der Wilson-Note für Deutschland schließlich nicht zu realisieren seien, in einer Aufschrift an die „Leipziger Volkszeitung“ für „eine Fabel“.

Große Männer haben bisweilen ein schlechtes Gedächtnis für das, was sie selber geschrieben haben. So ging es neulich schon Wehring, der seine eigenen Sätze aus den „Lichtstrahlen“ für Mißbissin erklärte, den er nie verfaßt habe. — In der betreffenden Polemik zwischen Kautsky und uns hatten wir Kautsky auf Grund eines Artikels Kautskys vom 2. Februar 1917 in der „L. V.“ vorgehalten, er stelle die Kriegsziele der Entente als möglichst harm-

los und unbedeutend hin und bilde sich ein, auf diese Weise den Frieden herbeizuführen zu können. Hierauf erwiderte Kautsky wörtlich in der „L. V.“ vom 6. Februar 1917:

Verzeihung, weiter Zeitgenosse — um nicht das harte Wort zu gebrauchen: Parteigenosse — wenn von Lügen schon gesprochen werden soll, dann verlange ich bloß, daß in meine Ausführungen kein ihnen fremder Sinn hineingelogen wird. In meinem Artikel (vom 2. Februar 1917 Red. d. „L.“) über den Unterseebootskrieg handelte ich nicht davon, wie die Note der Entente aufzufassen und gedeutet, sondern wie sie beantwortet werden sollte. Wie sie aufzufassen war, zeigte ich in der „Leipziger Volkszeitung“ vom 17. Januar, und wer behaupten will, ich hätte dort „die Kriegsziele der Entente als möglichst harmlos und unbedeutend“ hingestellt, macht sich des „Vorwurfs an den Dingen“ schuldig, um im Jargon des jetzigen „Vorwärts“ zu reden.

Also am 6. Februar machte sich einer Lüge gegen Kautsky schuldig, wer ihn beschuldigte, die Ziele der Entente als harmlos und unbedeutend hinzustellen. Wir haben das natürlich feinerseit zur Kenntnis genommen und namentlich aus der leidenschaftlichen Festigkeit des Protestes den notwendigen Schluß gezogen, daß Kautsky in der sachlichen Beurteilung der Ententeziele sich mit uns einverstanden erklären wollte. Dies um so mehr, als wir in dem von Kautsky zu seiner Verteidigung zitierten Artikel vom 17. Januar 1917 die Sätze fanden:

Eine Umwälzung der Karte Europas, wie sie aus den Forderungen der Entente herauszufallen werden kann, war bisher nur einem Sieger möglich, der so gewaltig dahinkam, wie Napoleon I. auf der Höhe seiner Erfolge. . . Welche Wendung des Krieges glückte die Alliierten auch erwarten mögen, gescheiternde Siege, wie die von Austerlitz oder Jena, erhoffen sie wohl selbst nicht.

Hier hat also Kautsky die Ziele der Entente mit der Verschmierung Preußens durch Napoleon I. nach der Schlacht von Jena auf eine Stufe gestellt. Danach waren wir wohl berechtigt, anzunehmen, daß Kautsky und durch seinen Protest und seine Verurteilung auf diesen Artikel nunmehr darin beitreten wollte, daß die Ententepläne für Deutschland vernichtend seien. — Aber jetzt stimmt's wieder nicht, und das Rätsel bleibt ungelöst, wofür denn nun eigentlich Kautsky die Ententepläne hält: Für harmlos und unbedeutend — das ist eine „Lüge“, für vernichtend — das ist eine „Fabel“! Kautsky wird es wohl gehen wie Hegel, der auf seinem Sterbebette seufzte: „Von allen meinen Schülern hat mich nur einer verstanden, und der hat mich mißverstanden.“

Aus Hauptziele der Sparta-Gruppe. In Giesmarode bei Braunschweig, einem der größeren Industrieorte des Braunschweiger Ballkreises, fand Samstagabend eine gut besuchte Mitglieder-versammlung des Sozialdemokratischen Ortsvereins statt, die sich mit den Parteiverfahren beschäftigte und in welcher der derzeitige Ortsvorsitzende, Arbeitersekretär Sogler, referierte. Die Versammlung nahm nach reger Diskussion eine Resolution an, in welcher sie die Widerstandstendenzen scharf verurteilt und der alten Partei die Treue zu wahren gelobt. Ferner wurde die Haltung des Parteiblattes unter Leitung Erny Detters scharf getadelt, da diese den völligen Ruin des Unternehmens bringen würde.

Aus Industrie und Handel.

Es wird glänzend weiter verbient.

Das Eisenhüttenwerk Thale kommt mit einem wahrhaft glänzenden Abschluß heraus, dessen eindrucksvolle Ziffern nur wenig dadurch abgeschwächt werden, daß sich die Verwaltung nach Kräften um die Verschönerung der wahren Höhe der erzielten Gewinne bemüht hat. Es ist die verkehrte Welt: Im Frieden konnten die Gesellschaften nicht genug verdienen und nicht genug hohe Gewinnziffern aufweisen. Heute verdienen sie soviel, daß sie es für ratsam halten, ihre Gewinne ängstlich vor den Augen neidischer Mitbürger zu verhehlen.

Der Rohgewinn ist zwar „nur“ von 65 auf 96 Millionen Mark und der Reingewinn „nur“ von 64 auf 76 Millionen Mark gestiegen. Wir sagen „nur“, weil der Reingewinn von 7,8 Mill. Mark noch höher ist als das Aktienkapital, das 7,5 Mill. Mark beträgt! Die tatsächliche Gewinnsteigerung gegen das Vorjahr ist aber beträchtlich größer, weil in diesem Jahre die Beamten- und Vorstandsgehälter und die sehr hohe Kriegsteuer vorweg abgezogen sind. Wie die Gewinn- und Verlustrechnung, so ist auch die Bilanz verblüffend. Im Vorjahre erzielten die Gläubiger mit 1,5 und die Kriegsgewinnrücklage mit 1,9 Mill. Mark, in diesem Jahre sind die beiden Posten zusammengezogen und weisen zusammen den Betrag von 10,9 Mill. Mark aus. Bezeichnend ist auch, daß das Vermögensverhältnis der Gesellschaft 8,9 Mill. Mark und der Effektenbestand 11,5 Mill. Mark beträgt; das macht zusammen 20,4 Mill. Mark, also fast das Dreifache des Aktienkapitals!

Bemerkenswert ist auch, daß die Gesellschaft ihre wahrhaft übererhöhten Gewinne dazu benutzt hat, um 50.000 Mark dem „Nationalen Arbeiterverein“ zuzuwenden.

Die Gesellschaft teilt in ihrem Geschäftsbericht mit, daß das über alle Maßen glänzende Ergebnis dank der Bewertung alter Vorräte und der gestiegenen Preise für Eisenbahnmaterialien erzielt wurde. Dazu wäre noch zu sagen, daß das Werk auch aus dem Verkauf dünner Feinbleche und aus feiner Emailherstellung die größten Gewinne gezogen hat.

Mit einem ebenso glänzenden Abschluß wartet die Rheinische Metallwaren- und Maschinenfabrik auf, die vor dem Kriege fast nie Dividenden zahlte und deren Aktien im Kriege um 600 bis 700 Proz. im Werte gestiegen sind. Die Gesellschaft, die ein Aktienkapital von 12,3 Millionen Mark besitzt, beschäftigte vor dem Kriege ungefähr 4000 Arbeiter, im Geschäftsjahre 1915/16 aber durchschnittlich 24.614. Der Bruttogewinn wird mit 9,4 gegen 16 Millionen Mark, der Reingewinn mit 15,3 Millionen gegen 9,9 Millionen Mark im Vorjahre ausgerechnet. Obwohl also der Reingewinn um 6 Millionen Mark höher als das Aktienkapital und gegen das Vorjahr um 5,5 Millionen Mark gestiegen ist, so gibt diese Steigerung doch kein zureichendes Bild von den tatsächlichen Verdiensten, da im Gegensatz zum Vorjahr Kriegsgewinnsteuer und Abschreibungen nicht über das Gewinn- und Verlustkonto laufen, sondern dotweg zu Lasten des Betriebes gebucht worden sind. Alle Anlagen mit Ausnahme der Grundstücke sind auf 1,2 M. abgeschrieben. Die Grundstücke stehen mit 2,3 Mill. Mark zu Buch. Einmaliglich der diesjährigen wurden während des Krieges Abschreibungen im Gesamtbetrag von 31,4 Mill. Mark vorgenommen. Der Wertpapierbestand ist so hoch wie das Aktienkapital (12,3 Mill. Mark). Die Debitoren (Schuldner), die auch das leider nicht genannte aber offenbar riesengroße Bankguthaben umfassen, sind von 25,5 auf 77,4 Mill. Mark gestiegen. Die Kreditoren (Gläubiger) haben 48,3 gegen 28,2 Mill. Mark im Vorjahre zu fordern. Die Vermehrung wird im wesentlichen bei auf dieses Konto verbuchten Kriegsgewinnsteuerrücklage zuzuschreiben sein.

Auslandsforderungen müssen von Personen, die zu Kriegsbeginn in Deutschland wohnten und von Handelsgesellschaften bis 15. April dieses Jahres angemeldet werden. Anmeldepflichtig sind auch Ansprüche aus Lebensversicherungsverträgen. Deutsche oder deutsche Gesellschaften, die im Auslande anfänglich sind oder waren, haben ebenso wie die an Unternehmungen im Feindesland beteiligten Deutschen ihre Forderungen beim Reichskommissar zur Erörterung von Gewaltmaßnahmen gegen deutsche Zivilpersonen im Feindesland anzumelden.

Soziales.

Verordnung betreffend Krankenversicherung und Wochenhilfe während des Krieges.

Der Bundesrat hat am 1. März folgende Verordnung erlassen:

Während der Dauer des gegenwärtigen Krieges können die Vorstände der Krankenkassen die Gewährung von Teuerungszulagen an die der Dienstordnung unterliegenden Angestellten der Kasse ohne Zustimmung des Kassenausschusses beschließen. Die übrigen für Änderungen der Dienstordnung geltenden Vorschriften der Reichsversicherungsordnung bleiben dabei unberührt.

Voraussetzung ist, daß die Zulagen

1. entweder allen oder allen denjenigen Angestellten (Abs. 1) gewährt werden, deren jährliches Dienstverdienst einen bestimmten Betrag nicht übersteigt, und
2. für alle beteiligten Angestellten nach den gleichen Grundsätzen bemessen werden; zulässig ist jedoch eine Einteilung der Angestellten nach dem Gehalt mit steigendem Prozentsatz je für die niedrigere Gehaltsstufe, ferner Abminderung für Verheiratete und Ledige sowie nach der Zahl der Kinder, die der Angestellte ganz oder überwiegend zu unterhalten hat.

Der Beschluß kann in der gleichen Weise (Abs. 1) geändert oder aufgehoben werden. Er tritt spätestens drei Monate nach Friedensschluß außer Kraft, sofern nicht vorher die Weiterzahlung der Teuerungszulagen auf dem in der Reichsversicherungsordnung für Änderungen der Dienstordnung vorgeschriebenen Wege beschlossen worden ist.

II.

Für Personen, die während des gegenwärtigen Krieges dem Reiche oder einer ihm verbündeten Macht Krieges-, Sanitäts- oder ähnliche Dienste leisten, ruht der Fristenlauf der Wartezeit bei ihrer Krankenkasse (§ 2 des Gesetzes, betreffend Erhaltung von Anwartschaften aus der Krankenversicherung vom 4. August 1914 (Reichsgesetzl. S. 384) auch während der Dauer der Erwerbslosigkeit bis zu sechs Wochen, die in die ersten sechs Wochen nach der Rückkehr aus solchen Diensten in die Heimat fällt.

Eine Wartezeit, die sie bei einer Krankenkasse zur Zeit des Dienst- eintritts ganz oder zum Teil erfüllt haben, ist ihnen auch auf die Wartezeit für Leistungen bei einer anderen Krankenkasse anzurechnen, der sie nach der Rückkehr aus solchen Diensten in die Heimat beitreten.

Auf das in § 195 Abs. 1 der Reichsversicherungsordnung erwähnte letzte Jahr und auf die im § 208 Satz 2 der Reichsversicherungsordnung erwähnten letzten zwölf Monate wird ihnen die Dauer der Dienstleistung sowie diejenige der Erwerbslosigkeit bis zu sechs Wochen nicht angerechnet, die in die ersten sechs Wochen nach der Rückkehr aus solchen Diensten in die Heimat fällt.

Die Zeit von mindestens sechs Monaten nach § 199 der Reichsversicherungsordnung steht für sie einer Wartezeit für Leistungen im Sinne der Reichsversicherungsordnung gleich.

III.

Die Wochenhilfe nach § 8 der Bekanntmachung vom 23. April 1915 („Reichsgesetzl.“ S. 257) ist auch für das uneheliche Kind eines Kapitulanten zu gewähren, wenn seine Verpflegung zur Gewährung des Unterhalts an das Kind festgestellt und die Mutter minderebemittelt im Sinne des § 2 Abs. 2 Nr. 2 jener Bekanntmachung ist.

IV.

Diese Vorschriften treten mit dem Tage ihrer Verkündung in Kraft.

Berlin, den 1. März 1917.

Der Stellvertreter des Reichskanzlers,
Dr. Helfferich.

Die Abschnitte I, III und IV bedürfen keiner Erläuterung. Zum Abschnitt II ist folgendes zu bemerken: Nach dem § 2 des Gesetzes betreffend Erhaltung von Anwartschaften aus der Krankenversicherung vom 4. August 1914, auf den der Abschnitt II Bezug nimmt, ruht der Fristenlauf für solche Wartezeiten, die in der Sitzung einer Krankenkasse für den Bezug bestimmter, über die Mindestleistungen hinausgehender Leistungen festgesetzt sind, für alle Versicherten, die während des Krieges Kriegssanitäts- oder ähnliche Dienste leisten. Es galt das lediglich bis zur Entlassung aus diesen Diensten. Die neue Verordnung verlängert die Zeit um die sechs ersten Wochen nach der Dienstentlassung, sofern der Entlassene erwerbslos ist. Sie erweitert die Rechte der Eingezogenen auch dahin, daß ihnen die bei den Krankenkassen, denen sie vor dem Kriege angehört, zurückgelegten Wartezeiten bei einer anderen Krankenkasse, der sie nach ihrer Entlassung beitreten, angerechnet werden müssen.

Der § 195¹, auf dem Abschnitt II gleichfalls verweist, handelt davon, daß Wöchnerinnen ein Anspruch auf Wochenlohn dann zuteil, wenn sie im letzten Jahre vor der Niederkunft mindestens sechs Monate hindurch auf Grund der Krankenversicherung oder bei einer knappschaftlichen Krankenkasse versichert waren. Dieses „letzte Jahr“ wird weiblichen Personen, von denen z. B. viele Sanitätsdienste leisten, um die Dauer ihrer Dienstleistung und eventuell um sechs Wochen darüber hinaus verlängert, d. h. all die Zeit, die sie vor dem Kriege versichert waren, bleibt ihnen erhalten. Das gilt auch für den Fall, daß eine Kasse Dienstleistungen an die Schwangeren gewährt, die nach § 199 der Reichsversicherungsordnung, der Kasse mindestens sechs Monate angehören. Auch diese sechsmonatige Frist hat der Krieg bei weiblichen Personen, die Sanitäts- oder ähnliche Dienste leisten, nicht unterbrochen. Die Verordnung hat ferner Verbesserungen des bis jetzt geltenden Rechts gebracht.

Berichtszeitung.

Prozeß Schiffmann.

Nach Beendigung der Reden der Verteidiger Dr. Davidson und Justizrat Bronner, an die sich kurze Entgegnungen der Staatsanwälte und eine Widerlegung durch den Rechtsanw. Dr. Davidsohn schlossen, teilte der Vorsitzende Landgerichtsdirektor Dr. Schwarze mit, daß Schiffmann noch sieben neue Anträge gestellt habe, die vorzutragen seien. Da darüber Beschluß gefaßt werden müsse, sei es ausgeschlossen, den Prozeß am Dienstag zu Ende zu führen; durch die Schuld des Angeklagten werde vielmehr eine neue Verzögerung eintreten. — In einer kurzen Pause beauftragte Schiffmann einen seiner Helfer und erklärte, die Anträge zurückzuziehen. — Zum letzten Wort verurteilt, gab er eine kurze Erklärung dahin ab: „Für Sache selbst wollte er nichts mehr sagen. Er vertritt sich nicht; er möge leistungsfähig und viel leicht lautmännlich unfair gehandelt haben, eine verderrliche Absicht habe er aber nicht gehabt. Ganzes, was er vor Gericht gesagt, hätte besser unterbleiben, manche Anträge hätte er sich eripieren sollen, doch solle man ihm zugute halten, daß er nach vierjähriger Unterdrückung sein freies Reden und Existenz kämpfe. Die Absicht, irgend ein Mitglied des Gerichts zu verletzen, habe ihm fern gelegen, sollte dies doch geschehen sein, so tue es ihm aufrichtig leid; es sei dann auf seine bezweifelnde Erregung zurückzuführen. Er bitte die Geschworenen, milde und gerechte Richter zu sein.“ — Frau Ahrens erklärte unter Tränen: sie bedaure heute, auf Anordnungen Schiffmanns das getan zu haben, was ihr zur Last gelegt werde. — Die Verhandlung wurde hierauf am Dienstag 10 Uhr vertagt. Dem soll die Rechtsbelehrung des Vorsitzenden erfolgen, so daß das Urteil am Dienstagabend zu erwarten ist.

Verantwortlich für Inhalt: Hermann Müller, Tempelhof; für den übrigen Teil d. Blattes: Alfred Scholz, Neukölln; für Inserate: Ed. Bloch, Berlin, Drossel u. Verlag: Hermanns Buchhandlung u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Hierzu 1 Beilage und Unterhaltungsblatt.

Abgeordnetenhaus.

78. Sitzung. Montag, 5. März 1917, vormittags 11 Uhr.

Am Ministertisch: Handelsminister Dr. Sydow. Zur Verhandlung steht zunächst ein Zentrumsantrag betreffend Gewährung von Reichsbeiträgen und Steuerzuschlägen an im Ruhestand lebende Beamte, Arbeiter und die Altpensionäre.

Abg. Adolf Hoffmann (Soz. Arb.):

Den ungeheuren Kriegsgewinnen einzelner stehen bei dieser Steuererhöhung Not und Elend bei den Altpensionären gegenüber, die schon im Frieden so schlecht gestellt waren. Man spare doch an anderen Dingen. Wenn ein Ruhegehaltsempfänger irgendeine entlohnte Beschäftigung annimmt, wird ihm die Steuerzuschläge entzogen, sie können also nicht einmal in den Hilfsdienst treten. Vertröstet man die Altpensionäre auf die Zeit nach dem Kriege, so kann das bei vielen eine Verfröschung auf das Jenseits sein. Finanzminister Dr. Lunge steht der Frage sehr kühl gegenüber, als Oberbürgermeister von Magdeburg dachte er freundlicher darüber. Man nehme doch den Ministern die 14 000 M. Repräsentationszulage, jetzt wo keine Repräsentation ist, vielleicht gibt er auch was von den 30 000 M. Gehalt für die Pensionäre her. Verweigern Sie einfach dem Minister das Gehalt, wenn er nichts tun will.

Abg. Dr. Pfeil (Z.):

Was der Redner sagte, wissen wir alle. Der Antrag ist ja gestellt, eine praktische Arbeit zu leisten. Deshalb beantrage ich kurz, den Antrag dem Bevölkerungsausschuss zu überweisen, dem auch ein fortschrittlicher Antrag vorliegt.

Abg. Schmiljan (Rp.):

Unser Antrag ist vor längerer Zeit gestellt worden und liegt bereits diesem Ausschuss vor. Mit der Ueberweisung des Zentrumsantrages an denselben Ausschuss sind wir einverstanden. Die Ueberweisung wird beschlossen. Es folgt die zweite Beratung des

Haushaltsplans der Staatsbergwerke.

Abg. Dr. Ing. Nacco (nail.):

Bespricht die wirtschaftliche Bedienung des staatlichen Bergbaues. Die großen Werke unserer Bergwerksindustrie arbeiten rentabel, die kleinen vielfach mit Unterbilanz. Die Zahl der Beamten ist außerordentlich zurückgegangen, an die Zurückgebliebenen und Ersatzleute werden außerordentliche Anforderungen gestellt. Auch aus der Arbeiterenschaft sind die besten fortgenommen. Dazu kommt die Steigerung aller Materialkosten, so für Sprengstoffe. In der Braunkohlenindustrie dürfen wir nicht die Interessen der böhmischen Anteil-eigner maßgebend werden lassen. Die Frage der

Zwangshyndizierung durch staatlichen Eingriff

verdient ernste Erwägung. In der Kallindustrie mit ihren reichen Lagern muß dafür gesorgt werden, daß der Wiederkehr der vollen Arbeitslosigkeit diese auch ausgenutzt wird. Englands Kohlenindustrie geht zurück. Sein Kohlenreichtum ist nicht allzu bedeutend, wir haben England überholt, es kann heute nicht mehr als das erste Industrieland Europas angesehen werden. Darum sucht England sich auf dem Festlande festzusetzen. Die ausgezeichneten Kohlenlager Nordfrankreichs und Belgiens zu sichern. Deshalb müssen wir beim Friedensschluß das für uns so wichtige Rohmaterial des Kaliumerzes sichern, das auch im Kriege eine so große Rolle spielt, besitzen. Das französische Minette-gedie mit seinen 8 Millionen Tonnen würde eine wesentliche Stütze unserer Gegner sein, wir müssen es daher bei Friedensschluß für uns gewinnen. (Beifall bei den Nationalliberalen.)

Abg. v. d. Groeben (L.):

Die Kohlenmangelstellen haben auffallenderweise ziemlich gleichzeitig mit dem Übergang der Versorgung auf die Kohlenverteilungsstellen eingesetzt. Mit dem Nationalhaushalt unserer Steinkohlen müssen wir haushälterisch umgehen. (Sehr richtig!) Die Kohlenpreise müssen stetig sein. Die Preisunterstützung zwischen Groß- und Kleinhandel dürfen nicht allzu groß sein. Unser Kalimono-pol muß beim Friedensschluß energisch zur Vertretung unserer Interessen benutzt werden. Für die Hindenburgspende und die Schwere- und Munitionsarbeiter haben auch die Mittelprovinzen viel getan. Wir begrüßen diese neuen Beziehungen zwischen Ost und West, zwischen Landwirtschaft und Industrie. (Beifall rechts.)

Abg. Braß (Z.):

Die erhöhten Einnahmen sind auf erhöhte Kohlenpreise zurückzuführen; deren Erhöhung war bei der gewaltigen Steigerung der Produktionskosten angebracht. Die Arbeiterfürsorge erkennen wir gern an. Wenn möglich, sollten die Löhne weiter erhöht werden, vor allem muß den Werkleuten das Durchhalten durch vermehrte Veranschaffung von Lebensmitteln ermöglicht werden.

Abg. Meyer-Frankfurt (Rp.):

Nach Versicherung vom Regierungstisch ist unsere Versorgung mit Kohlen gewährleistet. Das wird die armen Reichen bewähren, die in ihren eisernen Wohnungen mit Zentralheizung einmal die Schwächen des modernen Komforts kennen lernen. Der Staat muß aber auch dafür sorgen, daß die Kohlenpreise erschwinglich bleiben. Im mitteldeutschen Braunkohlengebiet gewinnen böhmische Großkapitalisten immer mehr Einfluß. Zum Teil hat man deutsche Beamte durch böhmische ersetzt. Bei den Lohnverhandlungen hat man sich bisher zu große Zurückhaltung aufgelegt. Frauenarbeit unter Tage ist unzulässig. Wir brauchen eine reichsrechtliche Regelung des Knappheitswesens.

Abg. Hae (Soz.):

Der diesmalige Vorschlag weist erheblich höhere Einnahmen auf, als der des außerordentlich günstigen Jahres 1916, obgleich die Förderung eine geringere ist. Das ist ein Beweis für die außerordentlich hohe Preissteigerung für die Bergwerksförderung und die damit zusammenhängenden Produkte. Da Industrien, die besonders viel Kohlen brauchen, unter Hinweis auf diese Preissteigerungen eine Erhöhung der Arbeiterlöhne ablehnen, muß diese Steigerung erhebliche Bedenken herbeiführen. Es muß endlich an den notwendigen

Abbau tieferer Kohlenpreise

gedacht werden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Man sagt, die Löhne seien erheblich gestiegen. In den kassischen Steinkohlenruben sind die Löhne in der höchsten Lohnklasse von Anfang des Krieges bis 1916 im Saargebiet um 80 Proz., in Aachthausen um 20 Proz., in Obersachsen um 40 Proz. gestiegen. Das wäre in Friedenszeiten eine erhebliche Steigerung, aber was will diese Steigerung besagen angesichts der Tatsache, daß die Preise für die wichtigsten Lebensmittel und Gebrauchsgüter in derselben Zeit um 200 bis 300 Proz. gestiegen sind. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Allein die Ausgaben für Seife — die Vergleiche müssen aus Gesundheitsrückgründen täglich den ganzen Körper waschen — sind von 12 Pf. auf 1,40 M. und 1,00 M. pro Stück gestiegen. Fast die Hälfte der Lohnsteigerung wird so aufgebraucht durch die Mehrausgabe für Seife. (Hört! hört!) In der Braunkohlenindustrie, die hohe, zum Teil sehr hohe Erträge erzielt, sind die

Löhne nicht einmal um 20 Proz. trotz der Teuerung gestiegen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Der dringende Wunsch der Arbeiter ist, daß diese kolossalen Lohnunter-schiede beseitigt werden. In Niedersachsen betrug der Durchschnittslohn eines Bauers im dritten Quartal 1916 1,03 M., in der vierten Lohnklasse für Jugendliche 2,04 M., weibliche Arbeiter, unter denen sich zahlreiche Ernährerinnen zahlreicher Familien befinden, wo der Mann im Felde ist, wurden gar mit 2,22 M. Durchschnittslohn abgepflegt. Das sind doch tatsächlich Hungerlöhne. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

In besonders bitterer Notlage befinden sich die Knappheitsinvaliden, die

mit 20 bis 25 M. monatlich abgefunden sind und vielfach keinen Pfennig Zulage bekommen haben. Die Bergarbeiter sind durchaus gewillt, die zur Verteidigung des Landes notwendigen Mittel zu schaffen, aber es wird ihnen ungeheuer schwer gemacht, ihre Pflicht zu erfüllen, durch die unerschwinglichen Lebensmittelpreise und die schlechte Lebensmittelversorgung. Ueber die Hindenburgspende sollte die Regierung endlich Klarheit schaffen. Als mitgeteilt wurde, daß für 1 1/2 Millionen Mark Speck und Fleisch gesammelt seien, glaubten die Arbeiter zunächst, daß sie diese Waren unentgeltlich von den Landwirten bekommen, höchstens mit einem kleinen Preiszuschlag für Fracht. Deshalb war die Enttäuschung zuerst groß. Wir haben gehört, daß die ostpreussischen Landwirte die Waren zum Höchstpreise abgeben. Im Industriegebiete aber wird Speck zu 7 bis 8 Mark pro Pfund verkauft. Ich glaube ja nicht, daß diese Waren aus der Hindenburgspende stammen, aber in den Kreisen der Arbeiter ist der Gedanke eingetourtelt, daß auch

mit dieser Hindenburgspende ein Geschäft gemacht

wird. Daher verlange ich klare Auskunft über den Verbleib dieser Spende. Dann erlaube ich mir die Praxis des Hilfsdienstegezes. Der Schaffung von Einigungsämtern und Arbeiterausschüssen haben die Bergwerksbesitzer früher den größten Widerstand entgegengebracht. Infolgedessen hat sich der Wurm der Mißstimmung in den Arbeiterkreisen immer weiter gefressen. In den Verhandlungen der Ausschüsse stellen sich die großen Unterschieden in den Löhnen heraus und diese Hilfsdienstausschüsse haben schon wesentlich dazu beigetragen, daß eine Besserung in den Lohnverhältnissen eingetreten ist. Da bei sachgemäßer Besetzung dieser Ausschüsse deren Entscheidung den Arbeitern nicht ungünstig sein kann, kann man es verstehen, daß die Bergwerksbesitzer diesen Einrichtungen den heftigsten Widerstand entgegensetzen. So wurde in einem Falle den Arbeitern ganz dreist erklärt, auf Grund des Hilfsdienstegezes sei es den Kellaminierten verboten, die Arbeit zu wechseln. Durch unser Eingreifen ist die Sache natürlich geregelt, aber wir müssen sehr aufpassen, daß solche Dinge nicht vorkommen. Angesichts der erhöhten Gefahren des Bergbaues sollte die Gruben- und Betriebskontrolle besonders scharf geübt werden. Leider zeigt die Oberbergbehörde dafür nicht das rechte Verständnis. Daher haben die vier Bergwerksorganisationen verlangt, daß das Institut der Sicherheitsmänner, so mangelhaft es auch ist, wenigstens ausgiebig ausgenutzt werde. Ferner hat man versucht, den Paragraphen des preussischen Vergesetzes außer Kraft zu setzen, wonach vor Beginn einer allgemeinen und einer Nebenricht für die Arbeiter mindestens eine achtstündige Ruhe liegen muß. Das Oberbergamt Dortmund behauptet, die Arbeiter führen mit Vorliebe schon einige Stunden vor Beginn der Schicht ein, um in dieser Zeit die Nebenarbeiten zu erledigen. Daraus ist mir nicht das geringste bekannt und es steht im Abriß mit dem Wortlaut des Gesetzes im offenen Widerspruch. Während man hier angeblichen Wünschen der Arbeiter entgegenkommt, hat man in der

Beschäftigung von Frauen unter Tage

die Wünsche der Arbeiter nicht berücksichtigt. Die Vertreter der vier Bergarbeiterverbände haben wiederholt und dringend im Ministerium für Handel und Gewerbe und an anderen hohen Regierungsstellen gebeten, man solle von der Zulassung von weiblichen Arbeitern unter Tage Abstand nehmen. Ich freue mich, daß der Redner diesen Wunsch unterirdischen hat. Wir haben gewünscht, daß auf jeden Fall die Vertreter der Arbeiterorganisation hinzugezogen würden, falls eine solche Beschäftigung irgendwo geplant sei. Jetzt erleben wir, daß trotz dieses dringenden Wunsches weibliche Arbeitskräfte unter Tage, wenn auch ausnahmsweise, zugelassen worden sind. (Hört! hört!) Die Arbeiterverbände haben telegraphisch scharfsten Protest beim Minister dagegen eingelegt. Man behauptet, es liege in dem Fall ein Notfall vor; das wird aber von der Arbeiterschaft entschieden bestritten. Ich bin überzeugt, daß meine Freunde im Reichstag darüber von der Regierung Aufklärung verlangen werden. — Die Kohlensteuer, sagt man, soll nicht von den Produzenten, sondern von den Verbrauchern getragen werden. Von der lohnverbrauenden Industrie ist den Arbeitern zum Teil schon deutlich erklärt worden: wenn diese Steuer kommt, habt ihr auf Lohn-erhöhung nicht mehr zu rechnen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Ueber die Kallindustrie wurden uns in der Kommission erfreuliche Mitteilungen gemacht. Ich habe in Kreisen sehr kompetenter Beurteiler kurz darauf ziemlich das Gegenteil gehört. Die Bedeutung unserer Erzschätze ist durch den Krieg besonders klar geworden. Die hier erfolgte Preissteigerung ist mit der Steigerung der Selbstkosten nicht begründet. Der Übergang auf die Friedenswirtschaft wird uns dadurch nicht erleichtert. — Ein Wort auf die Bemerkungen des Herrn Nacco über unsere Exporterzeugung. Die Tatsache ist nicht zu bestreiten, daß England hinsichtlich seiner Kohlenvorräte sehr viel schlechter dastehet als Deutschland und noch schlechter hinsichtlich seiner Exportvorräte. Unsere technischen Einrichtungen sind den englischen weit überlegen. Was uns fehlt, ist vor allem Eisenmanganerz. Dies haben wir in der Hauptache bezogen aus Ungarn, aus Rußland, Spanien, Brasilien und Indien. Ich glaube nicht, daß auch unsere vermehrten Annehmlichkeiten davon denken, einig diese Gebiete zu

Langens-Bries-Gebiet

bestimmen wie kein anderer. Ich bin neulich nachweis, daß die Anexion dieses Gebietes für Deutschland keine Lebensnotwendigkeit sei, da stellen sich die deutschen Blätter zusammen mit Scheidemann und Gotha als Annahmer der feindlichen Interessen hin. Zwei Tage vorher hatte dieselbe Zeitung geschrieben, die Siegländer Gruben bildeten mit ihren Manganerzen sogar die Grundlage für unsere Kriegführung. Nun: in dem ganzen Langens-Bries-Gebiet, und wenn ganz Frankreich mit Mittelrhein überfällt wäre, so findet sich doch dort nicht eine Quadratkilometer ergiebendes Gebiet, wo Mangan erzielt wird. Also mit allen Vorschlägen der Altpensionäre werden Sie Manganerze nicht erhalten. Ich will auf die Annehmlichkeiten nicht weiter eingehen. Es fällt mir natürlich nicht ein, alle Annehmlichkeiten für Interessenten der Schwerindustrie zu halten. Ich weiß, daß nicht einmal sämtliche Großindustriellen für diese Annehmlichkeiten sind. Wenn ich gemeint habe mit Annehmlichkeiten, das sind Leute, die sich in den Reihen derer finden, die jede Annehmlichkeit der Gewerkschaften ablehnen, die keine Tarifverträge mit den Arbeitern schließen wollen, die lieber Hunderttausende von Arbeitern in den Streik treten lassen, anstatt sich mit ihnen über den Arbeitsvertrag zu verständigen, die durch Zwangsarbeit nachweise, durch schwarze Listen, durch Ausperrung usw. eine neue Selbstregierung der Industriearbeiter herbeiführen wollen, die jede Fortführung der Arbeiterschutzeschgebung be-

stimmig bekämpfen, für Ausnahmegesetze, für die Ersatzung des Reichstagswahlrechts durch das Dreiklassenwahlrecht sind. In diesen Kreisen finden Sie auch die Hauptmatadore der Annehmlichkeiten.

Die Zukunft unseres deutschen Wirtschaftslebens liegt uns mindestens so am Herzen wie irgendeinem Vertreter der Großindustrie. Wir lassen uns bei Erforschung der Lebensbedingungen des deutschen Volkes in erster Linie von den Interessen des deutschen Volkes leiten. Wenn wir das tun ohne Schlagworte und unbeeinflusst von der Kriegspolsterei, so finden wir, daß wir die deutschen Interessen am besten fördern, wenn wir für einen Friedensschluß eintreten, der, um mit dem Grafen Tissa zu sprechen, bei keinem der beteiligten Völker Rachegeanken zuläßt. (Sehr wahr!) Von diesem Standpunkt lassen wir uns weder durch Liebeswerben noch durch Verdächtigungen abbringen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Handelsminister Dr. Sydow:

Ich stimme dem Vorredner darin zu, daß es geboten ist, mit der Steigerung der Löhne weiter fortzufahren, entsprechend der Steigerung der Lebensmittelpreise. Daß Ueber-schichten gemacht und die Kräfte stärker verbraucht werden, ist eine Kriegsnotwendigkeit. Wir bemühen uns ständig, Lebensmittel zu angemessenen Preisen zu beschaffen und unter dem Anschaffungspreis an die Vergleute abzulassen. Die historischen Zahlen haben 1916 zu diesem Zweck 600 000 Mark an Zuschüssen aufgewandt. Weitere Kredite werden dafür zur Verfügung gestellt werden. Die Verteilung der Hindenburgspende liegt nicht dem Handelsminister ob. In der Saar wurde

Hindenburgspende für 250 Mark

verkauft. Außerdem wurde auch noch fiskalisches Speck, der uns 3,60 Mark kostete, zu 2,50 Mark abgegeben. Weibliche Arbeitskräfte dürfen nach der Gewerbeordnung unter Tage ausnahmsweise nur bei Arbeiten beschäftigt werden, die auch über Tage vorkommen. Das war in einem Falle notwendig, um die Elektromotoren in Betrieb zu halten. — Die Kohlenversorgung wird jetzt einheitlich durch den Reichskommissar für Kohlenverteilung vorgenommen; sie wird besser werden, je mehr die Transportbehörden zurückgehen. — Die mehrfach genannten Interessenten zur Böhmen haben sich allerdings erhebliche Anteile des preussischen Braunkohlenbergbaues gesichert, aber noch nicht die Mehrheit. Im äußersten Falle würde ich von der Zwangshyndizierung Verordnung Gebrauch machen.

Abg. Schrader (H.) bestritt, daß im Braunkohlenbergbau von Hungerlöhnen gesprochen werden könne. Seit 1914 seien die Löhne- und Schloßerlöhne von etwas über 5 Mark auf 7,50 und 8 Mark gestiegen. Wünschenswert wäre eine genaue Untersuchung über die Mächtigkeit der Braunkohlenbestände.

Oberbergamtsrat v. Bellen erwidert, daß die Lage bezüglich der Braunkohle zwar nicht so günstig sei wie bei der Steinkohle, zu Besorgnissen liege aber kein Anlaß vor.

Der Vergehat wird genehmigt. Das Haus vertagt sich. Nächste Sitzung: Dienstag 11 Uhr (Landwirtschaftsrat). Schluß 4 Uhr.

Aus Groß-Berlin.

Die Samstagsfallen.

Witterböse Klagen stimmen die Montagmorgenblätter an: Die märkische Gendarmrie war trotz Verbot-Protest und halber Zulage des Kriegsministeriums auf all den Eisenbahnstationen mobilisiert, wo die Stochruppe der Berliner, Stabelladen mit der Waage aus den ländlichen Stellungen und — Stallungen, den Rückmarsch antreten, und verchiedentlich ist es ihnen dabei hüßlich ergangen. Die schwer bezahlte Waage, das unter Demütigungen erdeltete Fleisch einfach konfisziert und zu dem Verlust auch noch die Anhaftung auf Strafprozesse. Es würde uns nicht wundern, wenn ein erheblicher Teil der in Bewegung zu legenden Paragraphen von Beamten-befehlshörung und ähnlichen Delikten handelte.

Diese Verfolgung der sonntäglich vom Lande einholenden Berliner hat zwei Seiten: man kann sie billigen, weil ja doch nur ver-mögendere Leute solche Kaufkraft-Unternehmungen betreiben können und ihre Duldung also die ohnehin vorhandene Ungleichheit in der Ernährung der Groß-Berliner verschärft; aber andererseits kann es auch sein, daß sich mehrere weniger demittelte Familien zu solcher Expedition zusammenfinden und manche werden vielleicht auch aus verwandtschaftlicher Hilfe unentgeltliche Zubuten draußen erhalten. Darüber ist ebenfalls kein Streit, daß man von den zugemeinerten Nationen allein — no, sagen wir: nicht fett werden kann.

Aber der ganze Betrieb beweist doch vor allem, daß auf dem Lande, selbst in der ehemals dürftigen Mark, noch reichlich Lebensmittel vorhanden sind. Die zur Selbsthaltung unbedingt nötigen Vorräte werden nicht abgegeben werden. Es ist also Ueberfluß, der da verkauft wird.

Gewissenlosig freitritt ist aber der Mangel in den Städten, ganz besonders in Groß-Berlin. Nur hat man noch nie gemerkt, daß die verchiedentlich beklagten Schwarzwaren — wir denken da mehr: an die noch oftigen Zeitungsberichte aufgedeckten Schieberereien, als an die erst jüngst eingeführten Razzien — eine Vergrößerung der Nationen herbeigeführt hätten. Diese ist aber unentbehrlich. Darum würde es uns als eine viel bessere und erfolgversprechendere Verwendung der Geldarmen erscheinen, wenn man sie, statt zur Vermeidung der „Kaufkraft“, dazu verwendete, den Ueberfluß des Landes planmäßig zu erfassen und direkt in die Städte und zwar an die Verteilungsstellen zu leiten!

Die Verkehrssteuern und Groß-Berlin.

Der Direktor des Verbandes Groß-Berlin hat an den Reichstag eine Eingabe gerichtet, in der er darauf hinweist, daß die geplante Verkehrssteuer eine schwere Gefahr für das Groß-Berliner Siedlungsleben bedeute. Insbesondere würde das Kleinwohnungsweesen, das für die Volksgesundheit erhebliche Bedeutung habe, durch das Geleg auf das empfindlichste getroffen werden. Rings um Berlin liegen etwa 50 blühende Gemeinden mit ungefähr 2 1/2 Millionen Einwohnern, die fast ausschließlich auf täglichen Verkehr mit der Innenstadt angewiesen sind und diesen nur mit Hilfe der Bahnen bewerkstelligen können. Der Bahnverkehr stelle also ein unentbehrliches Verbindungsmittel zwischen Wohn- und Arbeitsstätte dar. Jede Verteuerung des Verkehrs müsse das Wohnen in den Außenbezirken aufs empfindlichste erschweren und die Lebensfähigkeit der Gemeinde erschüttern. Der Umstand, daß der Gelegentwurf die Arbeiterwohnortarten steuerfrei lassen wolle, bedeute nicht viel, da die Vergünstigung nur dem Ergo von und zur Arbeitsstätte zu gute komme, die Arbeiterfamilien aber für alle ihre sonstigen Fahrten von der Steuer betroffen würden. Aus diesen Gründen wird der Reichstag gebeten, die Verkehrssteuern des Groß-Berliner Verkehrs (Stadt-, Ring-, Vorort-, Straßen- und Eisenbahn-) von der Verkehrssteuer frei zu lassen, mindestens aber die Verteuerung auf die Dauer des Krieges zu beschänken.

Eine unentbehrliche Verbindung dieser Verkehrssteuern etwa be-träffte, daß die Straßenbahnen, nicht aber die Stadt-, Ring- und Vorortbahnen Steuerfreiheit genießen, würde, wie es in der Eingabe zum Schluß heißt, für unmöglich zu erachten sein, weil sie zwar einzelne Gemeinden begünstigen, die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit zahlreicher anderer Gemeinden des Verbandsgebietes aber aufs härteste bedrohen würde.

Landaufenthalts der Stadtkinder.

Der Minister des Innern hat einen Erlass herausgegeben, der die Aufnahme von Kindern der städtischen und Industriebevölkerung in ländlichen Familien für das bevorstehende Frühjahr in Aussicht nimmt. Die Aufnahme soll möglichst unentgeltlich erfolgen. Es kann auf Wunsch ein Verpflegungsgeld von 50 Pf. für jeden Tag und jedes Kind gewährt werden. Der Verpflegungsgeld wird nach Aufnahme des Kindes durch Vermittlung der Gemeinde oder des Ortsbezirks von dem Kreisamtsverwalter seines Wohnortes monatlich ausbezahlt. Gestellt ein Kind aus irgendeinem wichtigen Grunde nicht, so kann es jederzeit durch Vermittlung des Ortschulinspektors zurückgegeben werden. In diesem Fall ist ein anderes Kind an seiner Stelle zu überweisen. Für die aufgenommenen Kinder ist wie für die eigenen zu sorgen. Für Entschädigung von Unfällen oder Schäden, die den aufgenommenen Kindern zuzuführen oder von ihnen verursacht werden, wird durch geeignete Versicherung ohne Inanspruchnahme der Aufnehmenden Sorge getragen werden. Der Aufnehmende darf die Kinder in ihrem eigenen Interesse zu leichten landwirtschaftlichen Arbeiten heranziehen. Jede Überanstrengung und ungeringere Beschäftigung ist jedoch peinlichst zu vermeiden. Die aufgenommenen Kinder sollen nicht weniger als sechs Jahre alt, gesund und frei von Ungeheuer sein. Kriegskinder sollen in erster Linie berücksichtigt werden.

Das klingt alles recht schön, und eine Sommerfrische auf dem mit Lebensmitteln reich gelegenen Lande könnte für unsere unterernährte Stadtjugend sehr angenehm sein — wenn der vom Minister des Innern krenzte Honigbecher nicht einige verdammte bittere Tropfen enthielte. Das Recht, die Kinder zu leichten landwirtschaftlichen Arbeiten heranzuziehen, erscheint schon an sich nicht unbedenklich, wenn man erwägt, daß z. B. das tagelange „Kartoffel-abheimen“ in dämpfigen und dunklen Kellerräumen, zu dem mit Vorliebe Kinder verwendet werden, auf dem Lande unbedingt zu den leichtesten Arbeiten gerechnet wird. Dieses den aufgenommenen Landknechten zugestandene Recht wird aber abfolgt unerträglich in Verbindung mit der weiteren diskretionären Verfügung, Kinder, die „aus irgendeinem wichtigen Grunde“ nicht gefallen, jederzeit zurück-zuschicken. Damit ist restloser Willkür Tür und Tor geöffnet. Vor allem aber vermissen wir in dem Erlass des Ministers des Innern jeden Hinweis auf die Regelung des Schulunterrichts während der Zeit des Landaufenthalts. Beschäftigt man die Stadtkinder mit den Segnungen der ländlichen Volksschule zu beglücken oder will man sie etwa gar ohne allen Unterricht lassen?

Der Kampf um den Kleiderbezugschein.

Neur Ausfertigungsstellen für Kleiderbezugscheine einzurichten, ist wiederholt im „Vordrüse“ gefordert worden. Inzwischen hat man auch die Ausfertigungsstellen in Berlin vermehrt, aber ihre Zahl reicht noch lange nicht aus. Geradezu tödliche Zustände herrschen in der Ausfertigungsstelle, die im Schulhaus in der Bellestr. 4 untergebracht ist. Eine Felerin schildert uns, wie sie in der vorigen Woche an zwei Tagen stundenlang vergeblich auf Abfertigung warten mußte. Dem gewaltigen Andrang ist das wenig zahlreiche Personal nicht gewachsen und auch durch Nummernausgabe wird dem Wirtswart nicht abgeholfen. Als am Sonnabend um 7 Uhr die Zeit des Porenausschlusses herangekommen war, wurden viele noch nicht Abgefertigte nach Hause geschickt. Am Montag sahen wir uns zwischen 6 und 7 Uhr selber die Sade an. Wir müssen sagen, daß unsere schlimmen Erwartungen noch übertroffen wurden. In einem Vorraum warteten einige Duzend Personen, die sich schon schoben und drängten, um in das Bureau hindringelangen. Von drinnen hörte man ein Rufen und Schreien, daß man mitunter glauben konnte, eine Schlägerei sei im Gange. Um 7 Uhr wiederholte sich die Geschichte vom Sonnabend: alle die ihr ausgefülltes Antragsformular noch nicht hatten abgeben können, wurden hinausgewiesen. Die Erregung der vielen Frauen, die vergeblich ihre Zeit mit Warten hingebracht hatten, machte sich Luft in manchem sehr heftigen Wort. Unter Mitwirkung eines herbeigerufenen Polizeibeamten schob schließlich das Personal die Menge aus dem Bureau auf den Flur und Hof hinaus. Will man diesen Zuständen nun nicht bald ein Ende machen? Zum Schutze der Bevölkerung, die die Ausfertigungsstellen aufsuchen muß, fordern wir aufs neue, sofortige Vermehrung der Ausfertigungsstellen und Ausdehnung der Bureauzeit bis in die späten Abendstunden!

Hilfsdienststellenbestellen

- find, wie der Vorstand der Kriegsamtsstelle mittelt, in Groß-Berlin eingerichtet worden beim:
- Zentralverein für Arbeitsnachweis, Gormannstr. 13, Räderstr. 9 und Eichhornstraße 1;
- Märktlichen Hauptarbeitsnachweis für Landwirtschaft, Schlegelstr. 18;
- Berband Berliner Metallarbeiterverband, Buxtehuderminner Str. 15/16;
- Deutscher Metallarbeiterverband, Linienstr. 83/85;
- Deffentlichen Arbeitsnachweis, Berg, Dammannstr. 31;
- Städtischen Arbeitsnachweis, Charlottenburg, Berliner Str. 81;
- Deffentlichen Arbeitsnachweis, Friedenau, Kavallerie 125;
- Deffentlichen Arbeitsnachweis, Friedrichshagen, Kresdowallee 44;
- Deffentlichen Arbeitsnachweis, Johannisthal, Rathaus, Königsplatz 1;
- Städtischen Arbeitsnachweis, Lichtenberg, Gürtelstr. 21;
- Gemeinnützigen Arbeitsnachweis, Lichterfelde, Rathaus, Schillerstr.;
- Deffentlichen Arbeitsnachweis, Mariendorf, Kaiserstr. 125;
- Deffentlichen Arbeitsnachweis, Marienfelde, Kaiserallee 20;
- Deffentlichen Arbeitsnachweis, Oberschönheide, Luisenstr. 33;
- Deffentlichen Arbeitsnachweis, Kiederschnöben, Rathaus;
- Städtischen Arbeitsnachweis, Reutchen, Markt. 12;
- Deffentlichen Arbeitsnachweis, Panlow, Breitestr. 25/26;
- Deffentlichen Arbeitsnachweis, Reinickendorf, Hauptstr. 45;
- Städtischen Arbeitsamt, Schöneberg, Brunenwaldstr. 10;
- Arbeitsnachweis, Steglitz, Schloßstr. 36;
- Städtischen Arbeitsamt, Tempelhof, Dorfstr. 13;
- Deffentlichen Arbeitsnachweis, Treptow, Rathaus, Neue Krug-Allee 1-3;
- Deffentlichen Arbeitsnachweis, Weissenhof, Viktoriustr. 24;
- Städtischen Arbeitsnachweis, Wilmersdorf, Gasteiner Str. 11;
- Deffentlichen Arbeitsnachweis, Zehlendorf, Hauptstr. 38;
- Gemeinnützigen kaufmännischen Stellenvermittlung für kaufmännisches Personal, Berlin, Vestftr. 20;
- Deffentlichen Stellenvermittlung für kaufmännisches Personal, Viktoriustr. 19;
- Kriegsamt der Technischen Verbände, Geschäftsstelle Berlin, Weststr. 7.

Die Oherferien der Schulen Berlins werden gegenüber der früheren Festsetzung um ein paar Tage verlegt. Nach der neuesten Festsetzung soll das Winterhalbjahr am 27. März geschlossen und das Sommerhalbjahr am 11. April eröffnet werden.

Schutzpockenimpfung. Von jetzt ab finden die bisher im Krankenhaus Robitz vorgenommenen freiwilligen Schutzpockenimpfungen nicht mehr in dieser Anstalt, sondern gegenüber in der städtischen Sadeanstalt, Turmstr. 85, wöchentlich von 10 bis 11 Uhr statt. Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, daß diese unentgeltlichen Impfungen ausschließlich für Berliner Einwohner bestimmt sind.

Eine dreißigjährige Geschichte wird im Kreise Teltow viel belacht. Ein Gendarm sah auf einem Pohnhof einen Missetäter, der Futter und Eier „gehohlet“ hatte. Der Karion mit Inhaht wird beschlagnahmt. Bald darauf erscheint der „Gamsler“ zum zweiten Male mit einem Karion. Strengen Blicks mußt der Gendarm den Ankommenden. „Sagen wieder! Was haben Sie da?“ „Kuhbred“ erwiderte der Gefragte. „Kuhbred? Zeigen Sie mal her!“ Der Gendarm öffnet, hebt eine Schicht Hädel und lacht triumphierend hinein, um gleich darauf, unter homerischem Gelächter aller, seine mit diesem Kuhdinger besudelten Hände wieder herauszugießen.

Vom Auto des Roten Kreuzes überfahren wurde Montagabend in der Glasseer Straße ein beim Volkshausamt des Gardekorps beschäftigter Soldat. Als er vor einem haltenden Straßenbahnwagen den Fahrdamm überqueren wollte, kam auf der linken Straßenseite das Auto in scharfer Fahrt. Der Soldat wollte noch zurückspringen, jedoch zu spät, leblos blieb er liegen. Vom selben Auto wurde er zur Unfallstation gebracht.

Großfeuer kam am Montagmorgen um 5 Uhr aus noch unbekannter Ursache im Scheunendiertel, Bartelstr. 10, aus. Dort brannte ein Heu- und Strohlager in solcher Ausdehnung, daß die Feuerwehr mit fünf Schlauchleitungen von drei Seiten eingreifen mußte. Die Hitze war so enorm, daß die Steine und der Mörtel zu Sand zerbröckelten. Der Schaden soll erheblich sein.

Für 40—50 000 M. Seide erbeuteten Einbrecher in der Nacht zum Montag in dem Geschäft von Krüger u. Leow in der Krausenstraße 33. Sie drangen mit Nachschlüsseln in die im vierten Stock gelegenen Räume ein, öffneten einige eiserne Kisten mit Gewalt und gelangten so in das Lager.

Aus den Gemeinden.

Frauen in der Reutlicher Stadtverwaltung. Kürzlich ist unter Vorsitz des Oberbürgermeisters Kaiser eine aus 6 Frauen zusammengesetzte Beschwerdelkommission gebildet worden, die in erster Linie die Beschwerden der Lebensmittellieferanten den städtischen Körperlichkeiten unterbreiten sollen. Auf einstimmigen Beschluß der Lebensmittellieferanten sind bereits drei Mitglieder dieser Beschwerdelkommission dem Lebensmittellieferanten mit beratender Stimme eingeladen worden und haben an diesen Beratungen teilgenommen. Um nun den Frauen Gelegenheit zu geben, auch an den Beratungen der anderen Kommissionen mitzuwirken, hat die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion zu der am Donnerstag tagenden Stadtverordnetenversammlung folgenden Antrag eingebracht:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, daß in Deputationen, in denen die Mitwirkung der Frauen zweckmäßig erscheint, Frauen als Mitglieder, zunächst mit beratender Stimme, gewählt werden können. Die Versammlung ersucht den Magistrat um eine entsprechende Vorlage.

Gleichzeitig ersucht die Versammlung den Magistrat, bei der königlich Preussischen Staatsregierung um eine dahingehende Wendung der Städteordnung vorzulegen, daß Frauen zu Mitgliedern städtischer Verwaltungen und Einrichtungen mit beschließender Stimme bestellt werden können.

Salzkümmel Vortrag in Schöneberg. Mittwoch, den 7. März, abends 8 Uhr, findet in der Aula der Hohenzollernschule, Oberrealabteilung in Schöneberg, Veltziger Str. 49/53, der 3. Volksklub statt. Vortrag: Salzkümmel, Vortrag des Schülerrats und des Schülerratschlefers der Hohenzollernschule. Ansprache des Stadtrats und Reichstagsabgeordneter Wollenbuh, Bildvortrag des Oberlehrers Dr. Lauterbach über: „Unsere Reichsbank im Kriege“. Eintrittsgeld wird nicht erhoben.

Wilmersdorf heißt bei 170 Proz. Der Voranschlag der Stadtgemeinde Wilmersdorf für das Rechnungsjahr 1917 schließt in Einnahme und Ausgabe mit 17 031 000 M. ab. Der Gemeindesteueraufschlag für das kommende Steuerjahr wird wieder auf 170 Proz. festgelegt; ebenso haben sämtliche andere Steuerarten gegenüber dem Vorjahre keine Veränderungen erfahren.

Lebensmittellieferanten in Wilmersdorf. In der laufenden Woche werden 8 Pfd. Kartoffeln und 4 Pfd. Kohlräben abgegeben, außerdem können auf den Quicksand X (blau) des Lebensmittellieferanten 100 Gramm Gerstengraupen oder Gerstengrüße zum Preise von 6 Pf. entnommen werden. Der Verkauf von Salzischen wird bis auf weiteres in der Weise freigegeben, daß beliebige Mengen fische zum Preise von 1.80 M. an jedermann abgegeben werden dürfen, der sich durch Vorlegung der Haushaltskarte als Wilmersdorfer Einwohner ausweist.

Lichtenberger Lebensmittellieferanten. In der laufenden Woche werden 5 Pfd. Kartoffeln und auf Abschnitt 55 3 Pfd. Kohlräben abgegeben. Auf Abschnitt 56 gelangen zu Ausgabe: 3 Pfd. ausländisches Rübenkraut oder 3 Pfd. inländischer Sauerkohl, auf Abschnitt 57 1 Pfd. Salzblumenkohl oder Salzpinat und auf Abschnitt 58 1 Pfd. Weißkohl oder Kohlräben (Wöhren). Soweit die vorhandenen Vorräte zur Entloftung sämtlicher Abschnitte 55 nicht ausreichen, werden auf die noch übrig bleibenden in der nächsten Woche neue Waren verteilt werden.

Von Donnerstag ab dürfen auf Abschnitt 59 E und J der Lebensmittellieferanten 1/2 Pfd. Graupen oder Gerste, auf Abschnitt 60 S 1 1/2 Pfd. Weizengrieß, auf Abschnitt 60 K 1/2 Pfd. Weizengrieß auf Abschnitt 60 G 1/2 Pfd. Weizengrieß, auf Abschnitt 60 J und 60 E 1/2 Pfd. Weizengrieß entnommen werden.

Kohlräben sind bei allen Kartoffelhändlern, Salzblumenkohl und Salzpinat bei allen Gemüsehändlern und in einzelnen Kolonialwarengeschäften, Kohlräben auf den Märkten und in den durch Aushang kenntlichen Grünkräutergeschäften, inländischer Sauerkohl in allen Grünkräutergeschäften, Rübenkraut auf den öffentlichen Märkten an den besonderen von der städtischen Verwaltung eingerichteten Marktständen sowie in der städtischen Lebensmittellieferanten und in den städtischen Fischhaken, Graupen, Gerste und Grieß in den durch Aushang kenntlichen Kolonialwarengeschäften und in der städtischen Lebensmittellieferanten zu kaufen.

Kartoffelversorgung in Pankow. Die Gemeinde verteilt in der laufenden Woche pro Kopf 5 Pfd. und auf die Zusatzkarte 2 Pfd. Kartoffeln.

Lebensmittellieferanten aus Weissenhof. In der laufenden Woche werden 3 Pfd. Kartoffeln und 4 Pfd. Kohlräben pro Kopf abgegeben. Auf die Abschnitte 45 e und 45 k der Kartoffelkarte wird je 1/2 Pfd. zusammen 1/2 Pfd. Sauerkraut abgegeben und zwar vom 8. März ab in denjenigen Kolonialwarengeschäften, wo der Kartoffelkarteninhaber seine Feigwaren entnommen hat. 1 Pfd. Sauerkraut kostet 20 Pf. Außerdem sind in den Gemeindevorverkaufsstellen zu haben: Milchpulver, Altpflanz, Stoffsich und gebrauchsfertig gemischter Kaffee, 1/2 Pfd. 90 Pf.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Reichstagswahl Potsdam-Spandau-Osthavelland. Als diejenigen Parteigenossen, die sich am Tage der Wahl, Mittwoch, den 14. März 1917, dem Wahlbureau zur Mitarbeit zur Verfügung stellen können, werden hiermit dringend ersucht, sich beim Sekretariat der Provinz Brandenburg, Berlin SW. 68, Lindenstr. 8, (Telephon: Amt Moritzplatz 151 90 oder 148 88) baldmöglichst zu melden.

Der Bezirksvorstand der Provinz Brandenburg, J. A.: Dito Bels.

Karlshorst. Heute abend 8 Uhr bei Pöser, Dönhofsstraße: Mitgliederversammlung: Vortrag über ein sehr aktuelles Thema. Erstmalige Bücherausgabe. Wir bitten dringend, weitere geeignete Bücher für die Bibliothek mitzubringen.

Aus aller Welt.

Zulassung weiblicher Rechtsanwältinnen in England.

Trotz des lebhaften Widerstands des Obersten Lordkanzlers, Lord Finlay, hat das Oberhaus das Gesetz angenommen, das die Frauen zur Ausübung des Berufs als öffentliche Anwälte und Rechtsanwältinnen zuläßt. Der Beschluß des Oberhauses hat in England großes Aufsehen erregt und wird als ein Triumph der Frauenrechte angesehen.

Ein Großfeuer zerstörte, wie aus Eisen gemeldet wird, die Maschinenfabrik Wollfenborn in Langenfeld.

Bei der Explosion der Pulverfabrik Bouché sind, wie die Pariser Blätter melden, 2 Personen getötet und 17 verwundet worden. Die ganze Fabrik ist zerstört.

Fünfzig deutsche Flüchtlinge aus Kamerun sind mit dem Dampfer Cataluna am Donnerstag in Cadix angekommen. Der Dampfer wurde unterwegs von einem französischen Kreuzer aufgehalten. Hundert deutsche Flüchtlinge wurden in Fernando al Mar gefegt.

1500 Mark für ein Schwein. Ein Landwirt in einem hannoverschen Dorfe hatte ein Schwein im Gewicht von etwa anderthalb Zentnern geschlachtet und das ausgekommene Tier im Freien aufgehängt. Während es am Türpfosten des Hauses hing, kam ein Automobil mit zwei Herren vorbei, die angesichts des fetten Schwine sofort Halt machten und für die Ueberfallung des fetten Schwine das hübsche Betrag von 500 Mark boten. Der Besitzer wollte zunächst von einem Verkauf nichts wissen, die Kaufleute ließen sich jedoch nicht abweisen und erhöhten das Angebot auf 1000 und schließlich auf 1500 Mark. Dilemmat konnte der Landwirt nicht widerstehen. Die Käufer zahlten das Geld und fuhren mit dem Schwein so schnell davon, als fürchteten sie, ihre „Beute“ wieder herausgeben zu müssen. — In diesem Falle scheinen die Käufer an dem Zuchtpreise mehr schuld zu sein als der Landwirt.

Briefkasten der Redaktion.

G. G. 18. 1. In welchem Tage die Döschpreise festgesetzt wurden, können wir im Augenblick nicht feststellen. Das ist für Ihre Sache aber auch ohne Bedeutung, da Sie nur als Zeuge geladen sind, und die Aussage die Staatsanwaltschaft vertritt. 2. Das wird nicht nötig sein aus dem vorliegend angegebenen Gründen. — Th. Vär. 1. Sie unterliegen dem Hilfsdienstgesetz und mühten sich melden. 2. Ein ärztliches Attest würde Sie in diesem Falle von der Dienstpflicht befreien. — Hans 100. Schaden-ertrag wird nicht geltend gemacht werden können, da den Hauswirt kein Verschulden trifft. Der Schaden entstand durch ein unabweisbares Naturereignis. — G. S. 003. Bei Verbetragung der Kriegswunde beträgt die Kapitalbindung bis fünf Sechstel des dreifachen Betrages der Kriegsverlorenheit; d. h. für die Witwe eines Mannes bis zu 1000 Mark. — Stephan, Spandau. 1. Wir halten die Entziehung der Unterstützung für unbedenklich. 2. Beschwerde muß beim zuständigen Landratsamt, nachdem beim Regierungspräsidenten eingeleitet worden. 3. Das Recht auf Unterstützung muß schon jetzt geltend gemacht werden, nicht erst später.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Nachruf.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Dreher
Gustav Mickley
Straußberger Str. 7
am 26. Februar gestorben ist.
Den Kollegen ferner zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schraubendreher
Otto Rackow
am 28. Februar gestorben ist.
Den Kollegen ferner zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Graveur
Otto Wagner
Reutchen, Weststr. 45
am 26. Februar gestorben ist.
Ehre ihrem Andenken!
131/6 Die Ortsverwaltung.

Herk von der Heimat fiel als Opfer dieses Weltkrieges am 16. Februar, abends 11 Uhr, auf Posten im Kampfaben stehend, von einem feindlichen Maschinengewehrbeschossen getroffen, nach 1 1/2 Jahren schwerer Kämpfe und Strapazen, im Alter von 45 Jahren, mein lieber, guter Mann, unser herzensguter Vater, der Landsturmmann
Willi Abesser
Landwehr-Inf.-Reg. Nr. 77.
In namenlosem Schmerz zeigen dies an
Die tiefbetrübte Gattin
Witwe Alwine Abesser
Wiener Str. 54
nebst 6 unmündigen Kindern, Bruder, Schwestern, Schwägerin, Schwägerinnen und Schwiegermutter.
Daß Du von uns gegangen bist, ich kann es noch nicht lassen; Und ach! soll zu Ende sein, Was wir vereint geschaffen. Sie hatten Du geliebt, geliebt, in Dich nur Heiß und zärtlich gedacht; Wächst nun so früh zur Einsamkeit — Was bergen die paar Worte für tiefes, tiefes Leid!

Verband der Gemeinde- u. Staatsarbeiter, Filiale Groß-Berlin.
Den Mitgliedern geben wir hiermit Nachricht vom Tode des Kollegen
Otto Schlüter
von d. Berliner Straßenreinigung.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Dienstag, den 6. März, nachmittags 3 Uhr, von der Feldhalle der Glas-Gemeinde, Berlin-Nordend, Planenfelder Str. 6, aus statt.
Um rege Beteiligung bei der Beerdigung des Kollegen ersucht
39/1 Die Ortsverwaltung.

Verband der Kupferschmiede Deutschlands, Filiale Berlin.
Am 2. März verstarb nach kurzem Krankenlager unser Mitglied, der Kollege
Alfred Hiller
im Alter von 44 Jahren an Lungentuberkulose.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet morgen Mittwoch, den 7. März, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Halle des alten Thomas-Kirchhofes in der Hermannstraße aus statt.
Um rege Beteiligung bittet
Der Filialvorstand.

Deutscher Transportarbeiter-Verband.
Bezirksverwaltung Groß-Berlin.
Nachrufe.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Kollufischer
Wilhelm Leidmann
am 22. Februar im Alter von 48 Jahren verstorben ist.
Den Mitgliedern ferner zur Nachricht, daß unser Kollege, der Hausdiener
Joseph Fischer
am 25. Februar im Alter von 25 Jahren verstorben ist.

Am Sonnabend, den 3. März, verschied nach langem Leiden meine liebe Frau, unsere gute Mutter, Schmieger- und Großmutter
Luise Nespital
geb. Neger
im 61. Lebensjahre.
Um Milles Beileid bitten im Namen aller Hinterbliebenen
Julius Nespital.
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 7. d. M., nachmittags 3 1/2 Uhr, auf dem Städtischen Friedhof in Friedrichshagen statt.

Den Mitgliedern ferner zur Nachricht, daß unser Kollege, der Fensterputzer
Karl Bartz
von der Firma „Berolina“ am 28. Februar im Alter von 30 Jahren verstorben ist.
Ehre ihrem Andenken!
Die Bezirksverwaltung.

Spezialarzt
Dr. med. Wockenfuß,
Friedrichstr. 125 (Oranienb. Tor), für Syphilis, Harn- u. Frauenleiden — Ehrlich-Haus-Kur (Dauer 10 Tage), Blutuntersuchung. Schnelle, sichere schmerzlose Heilung ohne Berufs- (15/10) störung. Teilzahlung. Sprechstunden: 11—1 und 6—8.

Glühpunsch und Grogextrakt
alkoholfrei von feinwürdigem Aroma und kräftigem Geschmack, kein Zucker nötig, nur 1 Teil mit 2 Teilen heißem Wasser 1/2-Ltr.-Orig.-Fl. 1.75.
Lose Liter 2,00 M.
Bei Mehrnahme billiger.
Otto Reihel 43, Eisenbahnstr. 4.

Bauer und Bojar.

Von A. S. K. H. u. S.

Miron ging, leise vor sich hinhinmurmend, zum Gutshof. Er wollte den Herrn noch einmal fragen, ihn hübsch bitten, daß er es ihm ausmache...

„Na, hast Du es jetzt begriffen, Sewalter Miron?“ „Hast Du begriffen, aber...“ „Siehst Du, daß es stimmt?“ „Es stimmt, aber...“

„Geh, Mann, laß Dir ein Herz, laß Dich nicht mit Worten abspenken. Wie in des Teufels Namen wär's denn möglich? Wir trinken nicht, wir faulenzeln nicht, viele Ränder satt zu machen haben wir auch nicht...“

Der Polizeimeister.

Ein russischer Polizeiroman von Gabriela Jovitska.

„So machen sie es alle, vom Polizeikommissar an gefangen! Bei uns in Litauen ist es dasselbe. Aber ich glaube, daß in Rußland-Polen mehr Ordnung herrscht, doch ich sehe, es ist genau das Gegenteil. Heute nacht zum Beispiel! Sodom und Gomorra!“

im Kopf von neuem. Das Neugiergeicht Kofkalis, des Inspektors, zeigte sich im Türschlitz. „Gör mal, er hot's immer noch nicht begriffen. Bring' ihn auf die Kanzlei und knöpf' ihm den Verstand mal auf.“

„Aber was ist denn geschehen, Miron?“ „Was soll geschehen sein, Frau? Das ist des Bojaren Abrechnung...“

Diese kleine Erzählung, die rumänische Zustände besser beleuchtet wie lange Abhandlungen, steht in dem eben bei Georg Müller in München erschienenen Buche: „Die Fäulnis Rumaniens“ im Lichte rumänischer Dichter und Schriftsteller.

Kayfleser und die Volksbühne.

Friedrich Kayfleser wird im März 1918 die Leitung der Volksbühne übernehmen. Ueber die künstlerischen Pläne und die sonstigen Aenderungen, die mit dem Wechsel der Leitung eintreten werden, hat die Neue Freie Volksbühne, die allein über ihre Bühne zu entscheiden hat, bisher nichts an die Öffentlichkeit gelangen lassen.

teilzunehmen: die Wahl der Stücke kann und darf ihm nicht gleichgültig sein. Die Volkstheater aber werden sich unter Kayfleser Leitung, so nicht zu hoffen, reich genug auf ihre gutes alles Programm bestimmen.

Dies Programm zu verwirklichen, müßten die Laienten erhöht werden, mozu der Vorstand seine Einwilligung erteilt hat. Damit sind die Schwierigkeiten aber noch keineswegs behoben.

Ein Hundertjahrjubiläum des Selen.

Es war vor hundert Jahren, die neugeschaffene Wissenschaft der Chemie erlebte gerade ihre erste Jugendblüte, da entdeckte der berühmte schwedische Chemiker Berzelius unter zahlreichem anderen Elementen auch das Selen.

Unter denen, die diese Entdeckung besonders interessierte und die ihr weiter nachgingen, befand sich auch Werner Siemens. Im Jahre 1876 unterbreitete er der Akademie der Wissenschaften einen vorläufigen Bericht, der schon mehrere bemerkenswerte Einzelheiten enthielt.

Notizen.

— A u n s i c h r o n i k. Die Bibliothek des Kunstgewerbemuseums ist wieder geöffnet und zwar von 10—5 Uhr.

„Gewiß!“ erwiderte Kliski, „aber so schlimm ist es nicht... auch wir denken an unseren Bawel.“ „Es wäre auch schlimm, wenn Sie es ganz vergessen hätten! Aber sagen Sie,“ fuhr er nach einer kurzen Pause fort, „was für einen Nutzen haben Sie von dem Aufenthalt in diesem Hundeloch gehabt?“

„Das habe ich mir auch gedacht! Aber da ich noch öfters nach dem Städtchen fahren will, lag mir daran, es mit ihnen nicht zu verderben.“ „Sie wollen wieder in dieses abscheuliche Nest zurück?“ fragte Montwill erstaunt.

) Bezeichnung für beständige Beamte.

Direktion Max Reinhardt:
Deutsches Theater.
 7 Uhr: Othello.
Kammerspiele.
 7 1/2 Uhr: Das Konzert.
Volksbühne. Theater am Südfriedhof.
 7 1/2 Uhr: Der Biberpelz.
Theater i. d. Königgrätzerstr.
 Dir. C. Reinhardt - R. Bernauer.
 7 1/2 Uhr: Erdgeist.
Komödienhaus
 7 1/2 Uhr: Die verlorene Tochter.
Berliner Theater
 7 1/2 Uhr: Die tolle Komödie.

Sessing-Theater.
 Direktion: Viktor Barnowsky.
 7 Uhr: Die Sorina.
 Zum 1. Male:
 Mittwoch, Donnerstag: Die Sorina.
Deutsch-Künstler-Theater.
 Allabendlich 7 1/2 Uhr:
 Die beiden Klingsberg.
URANIA Taubenstr. 48/49.
 4 Uhr (halbe Preise):
 Im U-Boot gegen den Feind.
 8 Uhr:
 Geh. Rat Prof. Dr. Walther:
 Das Erwachen des Lebens
 auf der Erde.

Spolto
 Das Theater ist gut geheizt.
 Täglich 7 1/2 Uhr:
Persönliches Gastspiel
Wanda Troumann
Viggo Larsen
 in ihrem Lustspiel:
 „Die Scheidungsche“
 von William Kahn.
 Vorher: Das vollständig neue
 Varieté-Programm.

Volgt-Theater.
 Badstr. 58. Badstr. 58.
 Täglich 7 1/2 Uhr:
Der Weg
ins Verderben.
 Schauspiel in 4 Akten v. R. Stormann.
 Eröffnung 6 1/2 Uhr. Anfang 7 1/2 Uhr.
Ungewohnte
Erwerbs-
Möglichkeiten
 bietet die nächste Zukunft. Eine tief-
 greifende Änderung unserer gesamten
 Wirtschaftslage, ein gewaltiger An-
 schwung unserer Industrie u. des Han-
 dels steht bevor, und es werden überall
geschulte
Kräfte gesucht
 sein. Angehörige technischer Berufe
 u. Handwerker sollen nicht veräumen.
 Ihre Kenntnisse und Fertigkeiten der
 kommenden Zeit anzupassen, um teil-
 nehmen an den wirtschaftlichen Er-
 folgen, die naturgemäß das Ergebnis
 des gewaltigen Ringens sein müssen.
 Das beste Mittel, rasch und gründlich
 ohne Lehrer, durch einfachen Selbst-
 unterricht eine gründliche Ausbildung
 in technischen Wissenschaften zu er-
 werben, sind die technischen Selbst-
 unterrichtswerke „**Syst. Karnack**“
 „**Hochfeld**“, 80 S., starkes Bro-
 schüre kostenlos.
Bonnens & Hochfeld, Potsdam,
 Postfach 167

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
 Verwaltungsstelle Berlin, N 54, Linienstr. 83-85.
 Geschäftszell von 9-1 Uhr und von 4-7 Uhr.
 Telefon: Amt Norden 183, 1289, 1987, 9714.
Nordenbezirke.
 Donnerstag, den 8. März 1917, abends 8 Uhr,
 in den Germania-Prachtsälen, Chausseestraße 110:
Großer Lichtbilder-Vortrag
 des Kollegen Lauterbach-Stuttgart:
 „Die Kriegsbeschädigten-Fürsorge in Deutschland.“
 Zahlreichen Besuch erwartet.
Die Ortsverwaltung.
 Berlin SO. 16,
 Engel-Afer 5.
H. & P. Uder, Engel-Afer 5.
Tabak-Großhandlung und Tabakfabrik.
 Rauch-, Kau-, Schnupftabak, Zigarren, Zigaretten.
 Vorteilhafteste Bezugsquelle für Wiederverkäufer.
 Größte Auswahl gelagerter Zigarren in allen Preislagen.
 Sämtliche be-
 kannten Marken **Zigaretten** zu **Originalpreisen.**
 Amt Mpl. 3014.
Spezial-Arzt Spezialarzt
Dr. med. Hasehe,
 Friedrichstr. 90
 direkt am
 Stadthaus
 Behandi. von Syphilis, Haut-,
 Harn-, Frauenleiden, (bes. chron.
 Fälle, Ehrlich-Daua-Kuren, Jamer-
 löse, förgeliche Behandlung ohne Be-
 zugsförderung, Blutuntersuchung, Pflg.
 Preise, Teilzahlung, Sprechstunden
 10-1 und 5-8, Sonnt. 11-1.
Glumen- und Kranzbinderer
von Robert Meyer,
 Inh.: P. Gollets
 Mariannenstr. 3. Tel. Mpl. 10 303

Theater für Dienstag, 6. März.
 Deutsches Opernhaus, Charlottenb.
 7 Uhr: Die Königin von Saba.
 Friedrich-Wilhelmstadt. Theater.
 7 1/2 Uhr: Das Dreimäderlhaus.
Gehr. Herrnfeld-Theater
 7 1/2 Uhr: Der Stolz der Familie
Kleines Theater
 6 Uhr: Am Teetisch.
Komische Oper
 7 1/2 Uhr: Der Pusztja-Kavaller.
 Mittwoch, den 7. März, Uraufführung:
Die Dose Sr. Majestät.
Lustspielhaus
 7 1/2 Uhr: Die schöne Kubanerin.
Metropol-Theater
 7 Uhr
 10 Min.: Die Csardasfürstin.

Neues Operettenhaus
 Schiffbld. 4a, Kassenstr. Nord. 291.
 7 1/2 Uhr: Der Soldat der Marie.
Residenz-Theater.
 7 1/2 Uhr: Die Warschauer Zitadelle.
Schiller-Theater O.
 7 1/2 Uhr: Götz von Berlichingen.
Schiller-Th. Charlottenbzg.
 7 1/2 Uhr: Die Kammerwahl
Thalia-Theater.
 7 1/2 Uhr: Das Vagabundenmädcl.
Theater am Nollendorfpf.
 7 1/2 Uhr: Jugendfreunde.
 7 1/2 Uhr: Die Gulaschkanone.
Theater des Westens
 7 1/2 Uhr: Die Fahrt ins Glück
Trianon-Theater
 7 1/2 Uhr: Gib auf Hedwig acht.

WINTERGARTEN
Oscar Sabo
 sowie der neue
März-Spielplan.
 Außerdem
Lillebil's Hochzeitsreise.
 Aegypt. Burleske in 7 Bildern.
 Musik v. Bizet. Inszenierung v.
Max Reinhardt.
 Hauptdarstell.: Hans Wassmann,
 Lillebil Christensen,
 Ketta Sterna, Ernst Matray.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sängcr.
 „Cabaret Feldgrau“
 Anfang 7 1/2 Uhr.
 Sonntag
 nachmitt. 3 Uhr:
 Vorstellung zu
 ermäßig. Preisen!
Neues Programm

Haben Sie
Fußbeschwerden?
 empfehle nach Maß passent
 gearbeitete Stützsohlen sowie
Bruchbänder oder Art
 Leibrücken, Stützsohlen usw., Kräfte
 zur Vermeidung u. Krankenpflege.
Pollmann, Sandagäß,
 Berlin N, Lothringer Str. 60,
 Lieferant für Krankenkassen.

Unterricht
 Violinpiel, gründliches lernen
 Erwachsener mittels meiner Patent-
 geige in zehn Stunden, Mandolinen,
 Gitarren, Lautenpiel 6.- Remat-
 denonor, Lehrinstrumente billigst.
 Klavier unterrichtet schnellfördernd
 Ernst, Dramenstraße 108.
Verschiedenes
 Kunstloperer Große Frankfurter-
 Straße 67. 688*
Arbeitsmarkt
Stellenangebote
 Tüchtigen Bauhelfer, 2 Hilfs-
 diener (eventuell Kriegsbeschädigte)
 suchen Eisner & Co., Lichtberg,
 Frankfurter Allee 93. 10685*

Circus
Busch
 Dienstag, den 6. März 1917,
 abends 7 1/2 Uhr:
Jahel- 25. Aufführung
 der bei tägl. wachsenderm
 Besuche mit steigender Be-
 wunderung u. stürmischer Be-
 geisterung in Szene gehenden
 Rieser-Pracht-Wasser-Pantomime
Die versunkene Stadt
 Vorher das neue Stützprogramm:
?! Mexikanische Lynchjustiz ?!
 Sensation-Akt
 das Eiskönig Tom Jack.
 3 Reiter, vorw. Luftleiter-
 Akrobatik u. hoh. Schiffsmat.
 3 Geschw. Oellen, Kraft-Akt.

Zirkus A. Schumann
 Einlaß 7 Uhr, Anfang 7 1/2 Uhr.
 Heute und täglich
 Das neue März-Programm.
Kismet
 das orientali-
 sche Wunder!
Adolt u. Coco
 die beliebtesten Spasmacher.
Antipoden-Spiele mit Kunden.
Emilia Rose.
 Das große equestre Programm
 und „Die Seeräuber“.
 Große Amstett-Park. 1 & Akt.
 Sonntag 3 gr. Vorst. 8 u. 7 1/2 Uhr.
 Nachm. 1 Kind frei!
 Billets ab heute zu haben.

Verkäufe
Waffenhandlung Hermannsplatz 6.
 Kleinstenwahl verschiedenster Wap-
 sen, Revolver, Gewehrmaschin,
 Gewehrpatronen, Gewehrpatronen, Spitz-
 schütze, Revolverpatronen, Gewehr-
 verschleiß, Leuchtpistolen, Revolverpatronen.
Wappensteinen! Elfenbeinstoln!
 Nussbaumstoln! Opalstein!
 Nussbaum! Nussbaum! Nussbaum!
 Nussbaum! Nussbaum! Nussbaum!

Emallelacke, künstliche Delfade,
 Terpentinlack und ähnliches laßt
 höchstzahlend Holzer, Lohstraße 6.
Spezialmalerei! Kupfer! Messing!
 Antimon! Zinn! laßt für Kriegs-
 leitung der Kriegsmetalle - Altkien-
 geschäfte, außerdem laßt Joh-
 nsen! Platinmalerei 7.50. Schmelz-
 druckerei, Köpenickerstraße 20
 (gegenüber Kantienstraße)
Verzierung, gebrauchte und neue
 Leuchten, Spinnmaschinen, Präser,
 Werkzeugmaschinen, Drehmaschinen
 laßt laufend für eigenen Betrieb
 Heinrich Brühl, Stahlstraße 59
 und Beußelstraße 3, Laden. Tele-
 phon Nocht 2295.

Alm, Sektoid, Köpfe laßt
 Erdmer, Georgenstraße 50, nahe
 Alexanderplatz. 9-12, 3-6. 176*

Kutscher stellt ein Karrenfabrik
 Adenstraße 53. 1779
Kutscher stellt ein Karrenfabrik
 Adenstraße 53. 1778
50 Arbeiterinnen verlangt Nach-
 fabrik auf Feldbrennstoffe von
 Kober, Tiefendachstraße 37. 1774b*

O National-Theater, Residenz
Studentenleben.
 Vorstellung für 1-4 Personen:
 Banquet 1.-
 Sessel 1.25
 Orchester-Sessel 1.75
 Logen 2.30
 Sonntags 10-2, ab 6 Uhr.
 Dienabend u. Sonntag 50 Uf. maß.

Rose-Theater.
 7 1/2 Uhr:
Der fidele Bauer.
Walhalla-Theater.
 7 1/2 Uhr:
Das Glücksmädel.
Possen-Theater.
 Täglich 7 1/2 Uhr:
Der liegende Holländer.
Der alte Wolf.

Leppich-Thomas, Dramenstr. 44
 vollständig farblichste Leppich,
 Gerbaten, Formstücken 3 Prozent
 Extrarabatt. 64*
Gold! Gold! sparen Sie, wenn
 Sie im Leppich-Kolonialwaren
 Einkaufsplatz 208/4, Ecke Kolonial-
 straße, kaufen. Angabe, Leppich,
 Wäcker, neue Radgerätschaften, Re-
 zelle, Rufen, Stants, Reiz, Maschi-
 schäfte, Goldene und silberne Herren-
 und Damenuren, Schmuckstücke,
 Brillanten. Auf Ihren dreijährigen
 Garantiechein. Eigene Werkstatt.
 Sonntag 12-2.
Hühnerfutter, Seidemann, Neu-
Mölln, Hohenstraße 28. 1678*
Papageifutter, Vogelkutter wieder
 am Lager. Seidemann, NeuMölln,
 Hohenstraße 28. 1677*

Werkzeuge, gebrauchte und neue
 Leuchten, Spinnmaschinen, Präser,
 Werkzeugmaschinen, Drehmaschinen
 laßt laufend für eigenen Betrieb
 Heinrich Brühl, Stahlstraße 59
 und Beußelstraße 3, Laden. Tele-
 phon Nocht 2295.
Alm, Sektoid, Köpfe laßt
 Erdmer, Georgenstraße 50, nahe
 Alexanderplatz. 9-12, 3-6. 176*

Arbeitsmarkt
Stellenangebote
 Tüchtigen Bauhelfer, 2 Hilfs-
 diener (eventuell Kriegsbeschädigte)
 suchen Eisner & Co., Lichtberg,
 Frankfurter Allee 93. 10685*

Zeitungsträgerin verlangt sofort
 Walter Wisse, Kronenstraße 2. 2
Frauen zum Zeitungstragen
 können sich melden „Vorwärts“-Spe-
 zialist Lichtberg, Alt-Borsig 56,
 Laden.
Zeitungsträgerin sofort ver-
 langt, „Vorwärts“-Spezialist Karlsru-
 straße 36.
Zeitungsträgerin sofort ver-
 langt, „Vorwärts“-Spezialist Tempel-
 del, Kaiser-Wilhelmstraße 74, Ecke
 Borsigstraße.
Zeitungsträgerin sofort ver-
 langt, „Vorwärts“-Spezialist Pantan,
 Mühlentstraße 30.
Frauen suchen für Begleit-
 Kutschen, Charlottenburg, „Vor-
 wärts“, Seidenmeisterstraße 1.

Palast
 Tägl. 7 1/2, Sonnt. 8 1/2 u. 7 1/2
Die neue Revue:
Berlin im Krieg
Casino-Theater
 Lehniger Str. 37. Täglich 7 1/2, 11 1/2
 Tägl. des großen Erfolges
 nur noch kurze Zeit
Zwei helle Berliner
 Bercht 7 1/2 Uhr: buntes Zell.
 Anfang des Stückes 8 1/2, 11 1/2.
 Sonntag 4 Uhr: Die Tote klopft.

Admiralspalast.
Schlittschuhlaufen - Ballett
 a. d. Oper „Der Prophet“
 und
Frau Fantasie.
 Verzielt Köche. Anfang 7 1/2.
Arbeiter
Gesundheits-Bibliothek
 Jedes Heft 20 Pfg.

Möbel
Widderlangelot. Im Anhalter
 Bahnhof, Eingang zur Röhren-
 straße 25, direkt Dachbahnstation
 Röhrenstraße, stehen mehrere mo-
 derne Wohnzimmer, Speisezimmer,
 Schlafzimmer, Küchenmöbel, Büfette,
 Bücherregale, Schreibtische, Ruhe-
 stühle mit Decken, Säulenarmaturen
 mit Facettenglas, Kuchenschiffe, Tisch-
 garnituren, Uhren, Leppich, Stuhl-
 stühle jeder Preislage und sonstige
 auch gebrauchte Gegenstände zum
 billigen Verkauf. Otto Adels Hölde-
 lingen, Röhrenstraße 25.
Einige neue Wohnungseinrichtungen,
 Stühle und Kühle billig zu haben bei
 Glas, Kolonialwaren 57, Sonn-
 & Treppen, Rein Laden. 1777*

hilfsdienstplicht.
 Für Leitung und Ueberwachung des gesamten Stein- und Zin-
 druckerbetriebes der Militär-Generaldirektion der Eisenbahnen in Brüssel
 wird ein durchaus
fachkundiger selbständiger Meister
 gesucht, der besondere Erfahrung im Zindruckerbetrieb und
 Schnellpressenbetrieb besitzt und befähigt ist, dem Betriebe der
 Druckerei vorzustehen.
 Kenntnisse der französischen oder holländischen Sprache erwünscht, jedoch
 nicht unbedingt erforderlich.
 Schriftliche Bewerbungen unter Beifügung eines Lebenslaufes und An-
 gabe der Befoldungsansprüche sind an die Militär-Generaldirektion der
 Eisenbahnen in Brüssel zu richten.
 Freie Offenbarungsfrist zum Bestimmungsort und zurüd, freie Be-
 zugsnahme der Feldpost, sowie freie ärztliche und Lazarettbehandlung wird zu-
 gesichert.

Dreher, Werkzeugmacher,
Einrichter, Hobler
 verlangt
Maschinenfabrik Paul Beil,
 Berlin S. 1A, Alte Fasanstraße 91.
 Wir suchen für dauernde Beschäftigung für unseren Betrieb 1920*
ungelehrte Arbeiter und Platzarbeiter
 in größerer Zahl. Arbeitsuchende wollen sich schriftlich oder mündlich
 wenden an:
Arbeiterannahmestelle
 der
Pulverfabrik Premnitz,
 Rathenow, Bahnhofstr. 22.

Vaterländischer Hilfsdienst.
 Für Abwässer-Sammelstelle (Sump-
 fation) mit Motor- und Dampf-
 maschinenanlage wird sofort
Maschinenwärter
 eingestellt. Erfahrung in Schwach-
 strom- und Lichtmaschinenanlage er-
 wünscht. Entschädigung nach Vereini-
 gung. Schriftliche Angebote mit
 Angabe der Gehaltsansprüche sofort
 einreichen. Geeignete Kriegsbeschä-
 digte können berücksichtigt werden.
 Berlin-Randow, den 5. März 1917.
Gemeindevorstand Berlin-
Randow.
Der Gemeindevorstand.
Kutscher
 täglich und zweitägl. für 2 schwere
 Pferde, wird auf unserem Wertplatz
 Radow sofort eingestellt.
 Bewerbungen bei
 1909b
 Held & Franke Altkienstraße 101,
 Berlin SO 16, Am Röhrenbach 101.

Berliner Konzerthaus.
 Mauerstr. 52. Zimmerstr. 90/91.
Gr. Konzert
 des Berliner Konzerthaus-Orchesters
 Leiter: Komponist Frz. v. Gluck.
 Anfang 7 1/2 Uhr. Anfang 7 1/2 Uhr.
 An allen Wochentagen: Nachmittags-Konzert bei freiem Eintritt
 und voller Orchesterbesetzung.

VIKTORIA-THEATER Telefon: Hobb.-Haltest.
 (Sassowol), Kottb. Str. 6. Moritzpl. 14814. Kottbuser Tor.
HAGENBECK
 Nur noch kurze Zeit!
 Ab 1. März: Neue Spezialitäten.
 Neue Dressuren.
 Wochent. nachm. Vorzugspreise. Tägl. Abendvorstellung um 7 1/2 u.
 Mittwoch, Sonnab., Sonntags
 je 2 Vorstell. um 8 1/2 u. 7 1/2 U.

Kaufgesuche
Wasserpumpe! Stumm bis 7,70!
 Schöne! Schöne! Schöne! Schöne!
 Schöne! Schöne! Schöne! Schöne!

Arbeiterinnen
 und
Zigarettenpackerinnen
 verlangt
Manoli-Zigarettenfabrik,
 Berlin SO, Rungestr. 22-24, Manolihof.

Monteure
 auf Starckmann (siehe Seite 2. Co.,
 Kaiser-Allee 28. 1710
Feinmechaniker
 auf elektrische Apparate gesucht.
 Ingenieur
Max Fuss,
 Am Königsgraben 4.
Fantastiefederu
 Selbst Reduzieren im Hause verlangt
 1914b* Adolf Rosen, Wappstr. 16.

Lungenkranke
 erhalten kostenlos Rat über neues Heil-
 verfahren. Hygienisch-
medizinisches Laboratorium, Invaliden-
 straße 5 (an der Brunnenstraße). Sprech-
 zeit 10-1 und 3-7. 1979b